

Zeitungspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Dagestani 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Schwätz“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Monatsblätter einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 7. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Dichtungs-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Einzelheftpreis: Die einblättrige Monatshefte... Die einblättrige Monatshefte... Die einblättrige Monatshefte...

Wann soll gewählt werden? Politisches Versteckspiel.

In der Frage der Reichstagsauflösung ist im Laufe des gestrigen Tages wieder einmal einer jener Wechselfälle eingetreten, an die man sich nachgerade schon gewöhnt hat. Nachdem das Zentrum seinen bekannten Beschluß auf Wahl am 6. April gefaßt und die Regierung ihren Standpunkt in der bekannten Weise präzisiert hatte, schien es kein Zurück zu geben, und man mußte mit der Auflösung des Reichstages wenn nicht schon in dieser, so doch in der nächsten Woche und mit der Anberaumung des Wahltermins in frühester Frist rechnen.

Schon am 6. April vorgenommen werden, so muß doch mit dieser Vornahme unmittelbar nach Ostern gerechnet werden. Wahlfragen im Reichsrat. Der Reichsrat nahm am Donnerstag eine Verordnung über Reichswahlen und Abstimmungen (Reichsstimmordnung) vor. Diese Verordnung faßt die bisherigen Bestimmungen zum Reichswahlgesetz, zum Gesetz über den Volkenscheid, zum Gesetz über die Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung und zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten einheitlich zusammen.

Einige Feststellungen. Zur Kandidatenaufstellung für Groß-Berlin. Von Wilhelm Dittmann. Die Aufstellung der Kandidatenlisten für Berlin und Teltow-Beeskow auf dem Groß-Berliner Bezirksparteitag am letzten Sonntag ist unglücklicherweise von dem Umstand beeinflusst worden, daß der Tagungsraum, der Plenarsaal des Reichstages, um 4 Uhr zu einer Zentrumskundgebung geräumt werden mußte.

5 Proz. statt 26.

Das Unterhaus billigt die Herabsetzung des Aufschlags für deutsche Einfuhr. London, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus machte der Konservative Samuel einen Vorstoß gegen die Herabsetzung der deutschen Exportabgaben von 26 auf 5 Proz. Der Liberale Sir John Simon sprach sich für diese Aktion der Regierung aus. Die 26prozentige Exportabgabe habe Schäden für die deutschen Importeure bewirkt, die man bei ihrer Festsetzung nicht vorzusehen konnte.

Der Senat sträubt sich.

Gegen die Ermächtigung Poincarés. Paris, 6. März. (W.B.) Die Finanzkommission des Senats hat bei ihren Verhandlungen über den von der Kammer bereits angenommenen Finanzentwurf der Regierung beschlossen, den Ministerpräsidenten und den Finanzminister Anfang kommenden Woche um eine Aussprache zu bitten. Da im heutigen Ministerrat die Annahme des Finanzentwurfs durch den Senat als dringlich bezeichnet wurde, haben sich die beiden Minister der Kommission bereits heute zur Verfügung gestellt.

Table with election results for Berlin and Teltow-Beeskow. Columns include Wahlkreis, Kandidat, Stimmenzahl, and Resultat (e.g., 1. Crispian (R) 265 (+ 41)).

Das englische Heer.

London, 6. März. (W.B.) Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär für Indien, Stephen Walsh, die Gesamtzahl der britischen Truppen betrage 111 000 Mann in England und 102 800 auswärts. Es gebe ferner 3140 Mann indische und Kolonialtruppen.

Die Militärkontrolle.

Hebergabe der Ententennote erfolgt. Paris, 6. März. (W.B.) Die gestern von der Völkervereinigung beschlossene Note betreffend die Militärkontrolle Deutschlands ist heute mittag dem Völkervereinigungsvorsitzenden von Hoeßel zugegangen.

könnte, um ausgesprochene Richtungswahlen. Eine Durchsicht der Stimmzettel zeigt vielmehr, daß die reinen Richtungszettel von rechts oder links eine überraschend kleine Minderheit bilden. Die Mehrzahl der Wähler hielt offenbar den Richtungsstreit mit der Entscheidung über die beiden ersten Stellen der Listen für erledigt und stimmte nun rein nach persönlicher Sympathie bzw. Wertschätzung über die einzelnen Vorschläge ab. Die meisten Stimmzettel weisen Namen der Rechten und der Linken in den denkbar verschiedensten Gruppierungen auf.

Ja noch mehr! Selbst die reinen Richtungszettel sind ohne Übereinstimmung bezüglich der Reihenfolge der einzelnen Namen. Durch vor die Namen gesetzte Ziffern haben manche Wähler noch außer der Reihenfolge von oben nach unten angegeben, an welcher der Stellen von 3 bis 8 sie die einzelnen Kandidaten gesetzt wünschten.

Die Feststellung des Wahlergebnisses war eine ungemein schwierige Arbeit. Rund 500 Delegierte hatten je zwei Stimmzettel mit je 8 Namen abgegeben, so daß rund 8000 Stimmen auszuzählen waren. Erfahrungsgemäß unterlaufen bei den ersten, unter dem Druck einer wartenden Versammlung stehenden vorläufigen Feststellungen solcher Wahlergebnisse meist mancherlei Fehler. Das hat sich nachträglich auch in diesem Falle ergeben. Nicht nur, daß z. B. der Genossin Rynek, offenbar durch einen einfachen Additionsfehler, 100 Stimmen zu wenig angerechnet worden sind, es ist auch irrtümlicherweise die auf den Stimmzetteln klar erkennbar gewünschte Reihenfolge nicht berücksichtigt worden, selbst nicht die durch besondere Um- oder Neu-Numerierung hervorgerufene, so daß die oben wiedergegebene Zusammenstellung der Auszählungskommission nicht dem wirklichen Willen der Wähler entspricht. Es kann aber keine Rede davon sein, daß etwa böse Absicht dabei maßgebend gewesen wäre, denn die Auszählungskommission war paritätisch zusammengesetzt und je ein „Rechter“ und ein „Linker“ haben paarweise zusammengearbeitet. Eine im Beisein und unter Mitwirkung des Vorsitzenden der Berliner Parteiorganisation, des Gen. Künstler, auf meine Veranlassung von 10 parteigenössischen Reichstagsabgeordneten aus der Provinz vorgenommene sorgfältige Feststellung hat für die Stellen 3 bis 10 der beiden Listen folgendes Resultat ergeben:

#### Wahlkreis Berlin.

3. Stelle: Bohm-Schuch 267, Aufhäuser 177, Hoffmann 2, Breunig 1, Hofes 1, Claus 1 Stimme.
4. Stelle: Fischer 169, Breunig 116, Aufhäuser 108, Hofes 52, Hoffmann 19, Wäger 8, Witte 3, Ella Seeger 3, Freimuth 2, Jochlin 1, Seering 1, Robert Schmidt 1, Thurm 1 Stimme.
5. Stelle: Hoffmann 129, Hofes 93, Wäger 83, Fischer 76, Breunig 57, Jochlin 24, Witte 6, Wurm 1, Schweikhardt 1, Bohm-Schuch 1, Ella Seeger 1, Aufhäuser 1, Weinberg 1, Eckardt 1 Stimme.
6. Stelle: Jochlin 78, Hofes 69, Breunig 52, Witte 47, Wäger 46, Hoffmann 38, Ella Seeger 21, Schweikhardt 19, Eckardt 3, Frau Dr. Weyl 3, Claus 2, Seering 2, Heimg 1, Weinberg 1, Ruben 1, Aufhäuser 1, Beefer 1 Stimme.
7. Stelle: Wäger 57, Jochlin 52, Hoffmann 31, Witte 30, Breunig 30, Schweikhardt 28, Ella Seeger 22, Robert Schmidt 8, Gerhardt Seeger 7, Eckardt 5, Höfde 3, Thurm 3, Claus 3, Seering 2, Beefer 2, Holz 2, Frau Dr. Weyl 1, Broß 1, Hilferding 1, Ströbel 1, Bohm-Schuch 1 Stimme.
8. Stelle: Breunig 60, Schweikhardt 40, Jochlin 29, Gerhardt Seeger 21, Hoffmann 16, Eckardt 11, Witte 10, Claus 10, Robert Schmidt 8, Höfde 6, Ella Seeger 3, Seering 2, Weinberg 1, Holz 1, Ruben 1, Wäger 1, Bohm-Schuch 1, Richard Fischer 1 Stimme.
9. Stelle: Hoffmann 49, Eckardt 33, Claus 16, Jochlin 8, Gerhardt Seeger 8, Höfde 7, Witte 7, Wäger 4, Robert Schmidt 4, Breunig 4, Ella Seeger 3, Frau Dr. Weyl 1, Hofes 1, Ströbel 1, Thurm 1 Stimme.
10. Stelle: Jochlin 54, Claus 34, Eckardt 10, Witte 5, Ella Seeger 3, Höfde 2, Hoffmann 2, Gerhardt Seeger 2, Wäger 1, Breunig 1, Frau Dr. Weyl 1, Bohm-Schuch 1, Seering 1, Freimuth 1 Stimme.

#### Wahlkreis Teltow-Beeslow.

3. Stelle: Künstler 306, Rynek 172, Löwenstein 8, Heimg 4, Krille 1, Ella Seeger 1, Freimuth 1 Stimme.

4. Stelle: Löwenstein 305, Heimg 111, Rynek 84, Krille 57, Künstler 7, Reimann 1, Holz 1, Ströbel 1, Ella Seeger 1, Frau Wurm 1, Wermuth 1, Czemincki 1 Stimme.
5. Stelle: Krille 138, Löwenstein 85, Holz 64, Heimg 58, Reimann 31, Ella Seeger 25, Künstler 3, Freimuth 3, Holz 3, Ströbel 2, Hilferding 2, Wermuth 2, Rynek 1 Stimme.
6. Stelle: Holz 107, Heimg 49, Reimann 43, Ella Seeger 42, Krille 34, Frau Wurm 10, Ströbel 5, Freimuth 4, Löwenstein 2, Czemincki 2, Wermuth 1, Holz 1, Künstler 1 Stimme.
7. Stelle: Ella Seeger 72, Reimann 50, Krille 33, Holz 33, Frau Wurm 7, Heimg 3, Czemincki 3, Hilferding 3, Hilferding 3, Rynek 2, Holz 1, Wermuth 1, Ströbel 1, Löwenstein 1 Stimme.
8. Stelle: Reimann 49, Holz 39, Ella Seeger 28, Frau Wurm 10, Ströbel 10, Wermuth 3, Hilferding 3, Holz 2, Wäger 2, Robert Schmidt 1, Freimuth 1 Stimme.
9. Stelle: Ella Seeger 37, Reimann 26, Frau Wurm 11, Ströbel 8, Holz 5, Rynek 2, Holz 2, Wäger 1, Wermuth 1, Hilferding 1 Stimme.
10. Stelle: Reimann 37, Hilferding 4, Czemincki 3, Heimg 1, Wermuth 1, Frau Wurm 1 Stimme.

Auf den ersten Blick frappiert die ungeheure Zersplitterung der Stimmen. Sie ist eine notwendige Folge der Abstimmung über je 8 Kandidaten in einem und demselben Wahlgang. Die Unmöglichkeit eines solchen Verfahrens tritt damit klar zutage. Mit Stimmenmehrheit gewählt sind in beiden Kreisen nur je ein Kandidat und zwar an der dritten Stelle: Genossin Bohm-Schuch für Berlin und Genossin Künstler für Teltow-Beeslow. Ihre Stimmen konzentrieren sich fast restlos auf die dritte Stelle. Aber es tritt aus den weiteren Resultaten auch klar hervor, wen der Bezirksparteitag an die übrigen Stellen setzen wollte und bei Abstimmung über die einzelnen Stellen zweifellos gesetzt haben würde: an die 4. Stelle in Berlin Genossen Aufhäuser (schon 177 Stimmen Vorschuh von der 3. Stelle), in Teltow-Beeslow Genossin Rynek (schon 172 Stimmen Vorschuh von der 3. Stelle), an die 5. Stelle in Berlin Genossen Richard Fischer (169 Stimmen Vorschuh), in Teltow-Beeslow Genossen Löwenstein (205 Stimmen Vorschuh) usw.

Diese Reihenfolge aber deckt sich völlig mit derjenigen, die der erweiterte Bezirksvorstand dem Bezirksparteitag vorgeschlagen hatte und die er dem morgen abend erneut zusammengetretenen Bezirksparteitag wiederum vorschlagen wird. Sie dürfte nunmehr wohl einstimmig und im ganzen zur Annahme gelangen.

### Kommunistenkrach im sächsischen Landtag.

#### Handgemenge mit Schutzpolizei.

Dresden, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag stand am Donnerstag schon vor Beginn der Sitzung unter den Anzeichen eines „großen Tages“. Bereits um 12 Uhr sammelten sich vor dem Gebäude Angehörige der kommunistischen Arbeiterjugend, die versuchten, ohne Einlaßkarten in den Landtag einzudringen. Vor stark besetzten Hause und überfüllten Tribünen eröffnete der Präsident gegen 2 Uhr die Sitzung. Da die am letzten Donnerstag auf sechs bzw. drei Sitzungen ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten Ellrod und Zippel sich wiederum im Plenum befanden und den Saal trotz mehrmaliger Aufforderung nicht verließen, sah sich der Präsident gezwungen, die Sitzung mit kurzen Zwischenräumen zweimal zu vertagen. In der Zwischenzeit entspann sich zwischen den herbeigeholten Kriminalbeamten und kommunistischen Fraktionsmitgliedern eine Debatte, da sich die Kommunisten auch jetzt noch hartnäckig weigerten, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten. Auch einem vom Präsidenten ausgefertigten Räumungsbefehl wurde nicht stattgegeben. Daraufhin wurden die widerspenstigen Abgeordneten mit Hilfe der verstärkten Schutzpolizei unter ungeheuren Lärm der Kommunisten auf den Tribünen und im Saal nach einem längeren Zeit anhaltenden Handgemenge aus dem Plenum entfernt, obwohl sie von ihren Parteigenossen umzingelt waren. Jetzt erst konnte die Sitzung beginnen. Die KPD stellte unter riesigem Geschrei des Hauses den Antrag auf Abfertigung des Präsidenten, der auf die Tagesordnung der nächsten

Sitzung gestellt wurde. Nachdem die Kommunisten noch einige Reden über den Vorfall vom Stapel gelassen hatten, wurde in die sachliche Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Dresden, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Gegen zwei in-  
dustrielle Unternehmungen in Jitzau sind am Mittwoch Bombenattentate verübt worden. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist gering. Vom Ministerium des Innern wurden sofort die nötigen Erhebungen angeordnet.

### Der Staatsanwältliche Blick.

#### Schwere Vorwürfe gegen die Hitler-Prozessführung.

München, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Anschließend an den Abbruch der Verhandlungen im Hitler-Prozess hat noch im Laufe des Vormittags eine Besprechung im Justizministerium stattgefunden, die am Nachmittag weiterging. Es wurde versucht, den Zwischenfall durch eine Erklärung des Vorsitzenden und der Verteidigung aus der Welt zu schaffen. Auf alle Fälle wird am Freitagvormittag zu gewohnter Stunde die Verhandlung wieder aufgenommen.

Über den Charakter des Zwischenfalles orientiert vielleicht am besten ein Artikel der Regierung nachstehenden „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“, in dem es u. a. heißt:

„Wenn sich der Staatsanwalt aus guten Gründen wegen des Benehmens eines Verteidigers im Interesse der Staatsautorität nicht mehr an der Verhandlung beteiligen zu können glaubt, so ist darin ohne Zweifel ein schwerer Vorwurf gegen die Prozessführung enthalten. Denn damit gibt der Vertreter der Anklage mit einer nicht mißverständlichen Botschaft zu erkennen, daß im Gerichtssaal unter der verantwortlichen Leitung des Vorsitzenden sich Dinge ereignen können, die den Vertreter der Staatsautorität zur Selbsthilfe veranlassen, weil er sich durch die Prozessführung nicht genügend geschützt fühlt. Diese Sachlage hebt den Vorgang von Donnerstagvormittag weit über die Bedeutung eines auffeherregenden Zwischenfalles hinaus. Es handelt sich vielmehr um ein Ereignis, das ein grelles Licht auf die ganze Prozessführung wirft. Es ist Sache der verantwortlichen Prozessregie, wie der Zwischenfall beigelegt wird. Man kann sich aber nicht gut vorstellen, daß man durch ein paar Erklärungen und lokale Gegenerklärungen die Sache aus der Welt schaffen kann. Die Tat des Staatsanwalts wirkt wie ein Blitz in einer schon gewordenen Atmosphäre. Man kann nicht gut Bisse einsaugen; man kann unmöglich alles beim alten lassen. Zum mindesten wird Vorkehrung zu treffen sein, daß die Position des Staatsanwalts bedeutend verstärkt wird. Es rufen sich hier schwere Unterlassungsfünden. Alle Maßnahmen nach dieser Richtung hin werden aber nicht ausreichen, um die Besorgnis, die zum mindesten nunmehr bei einem großen Teil der öffentlichen Meinung gegenüber der ganzen Prozessführung besteht, aus der Welt zu schaffen.“

Charakteristisch für die Führung des Hitler-Prozesses waren von Anfang an die offenen Beschlusssitzungen und die des Publikums zugunsten der Angeklagten, gegen die der Vorsitzende nur in den seltensten Fällen schäuderhafte Einwendungen machte. Diese beziehungsweise Rücksichtlosigkeit des Landgerichtsdirektors Reichard, die gerade bei dem Zwischenfall am Donnerstagvormittag außerordentliches Aufsehen erregte, unterstreicht die demokratische „Allgemeine Zeitung“ durch folgende Mitteilung: „Schon daß sich Herr Reichard die Verteilung der Zuhörerarten aus der Hand nehmen ließ, war ein vorzeigbarer Fehler. Die Folge ist: nun besteht das Publikum dieses belangswerten Prozesses zum überwiegenden Teil aus dem Abguss der Hitler-Versammlungen, insbesondere aus einer nicht nur im Dekolleté, sondern auch im Benehmen schamlosen parfümierten Weiblichkeit, welcher der Löwe des Loges, Hitler, in den „Pausen“ der Vorstellung mit gedehnter Stimme die Hand küßt. Der Vertreter der Karien ist ein im Vorzimmer des Landgerichtspräsidenten sitzendes Mitglied des „Kampfbundes“.“

Es wirft ein grelles Licht auf die Entwicklung der Dinge, daß die noch im Fehdenbach-Prozess so hoch gepriesene Justiz der Volksgenossen jetzt sogar den Urabern der „Bayerischen Volkspartei“ unheimlich wird. Sie haben sich mit Händen und Füßen dagegen gestraubt, daß der verfassungsmäßig berufene Staatsgerichtshof für Bayern antreten könne. Sie haben die Hitler und Ehrhardt und

## Kunstschulreform.

Von Ray Diebermann.

Der Präsident der Akademie der Künste, Ray Diebermann, sprach am letzten Freitag, bei Aufbruch an die Vereinarbeit der Berliner Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums, die Grundzüge moderner Kunstschulreform vor. Wie können aus den Ausführungen des Altmeisters der deutschen Malerei ohne jeden Vorbehalt anstehen.

Die Entschließung der Regierung bezüglich der Durchführung der Kunstschulreform, insbesondere die Maßnahme der räumlichen und organisatorischen Vereinigung der Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums, hat in Künstlerkreisen hochgradige Erregung hervorgerufen. In der Presse wurden an die Regierungsmassnahmen Vorwürfe getrieben, die den Tatsachen nicht nur nicht entsprechen, sondern ihr schmerzhaft entgegenstehen, als ob die bisherige Hochschule für die bildenden Künste einfach von der Kunstgewerbeschule ausgedehnt werden sollte. Daran ist nie gedacht worden und kann nie gedacht werden. Da mein Name in Verbindung mit diesen Gerüchten genannt wurde, fühle ich mich veranlaßt zu erklären, daß ich mich mit dem Entschließen der Regierung in voller Übereinstimmung befände (was mir leider in meinem langen Leben selten passiert ist). Und als Präsident der Akademie der Künste bereitet es mir besondere Genugtuung, daß in dem Plan der Neuregelung die staatliche Kunstverwaltung der Akademie den Einfluß auf den gesamten Kunstunterricht, den sie früher gehabt hat und der ihr zukommt, wieder sichern will.

Warum der Lärm? Daß gespart werden muß, wird niemand bestreiten. Jetzt kommt es darauf an, nicht 25 Proz. mechanisch abzustreichen, sondern aus der Not eine Tugend zu machen, indem nicht gespart wird am Notwendigen, sondern am Überflüssigen. Die morschen Zweige sollen abgehackt werden, damit der Baum um so besser sich entwickeln und um so edlere Früchte tragen kann. Das Talent soll gefördert werden durch Unterdrückung der Talentlosigkeit. Platz dem Tüchtigen! Ein tüchtiger Handwerker ist besser als ein mittelmaßiger Künstler. Qualität nicht Quantität! 1797 schreibt Freiherr v. Heintz an Friedrich Wilhelm II.: „... nicht sowohl lauter eigentliche Künstler (als Maler usw.) durch die Akademie anzuziehen, weil deren zu große Zahl dem Staat, der sie nicht alle beschäftigen und ernähren kann, im Grunde mehr schädlich als nützlich ist.“ Die Kunstgewerbeschule soll ebensoviele eine hohe Schule für Kunst werden, wie die jetzige Hochschule nicht zu einer Kunstgewerbeschule werden soll. Das wesentliche beider Schulen soll, obwohl sie räumlich und organisatorisch zusammengelegt werden, erhalten bleiben.

In der Unterstufe der neuen Kunstschule soll in streng geregelter Unterricht eine allgemeine handwerkliche Ausbildung auf allen Gebieten der Künste vermittelt werden. Die Oberstufe soll in Meisterateliers — um diese Bezeichnung beizubehalten — dem Schüler die eigene künstlerische Ausbildung geben; nicht durch Unterricht, da Kunst weder gelehrt noch gelernt werden kann, sondern durch Ausbildung der speziellen Befähigung. Sich selbst zu finden, dazu soll der Lehrer dem Schüler behilflich sein.

Der bestgemalte Studienkopf ist kein Vorbild; zu der Wiebergabe der äußeren Natur muß die Wiebergabe der inneren Natur des Malers sich gesellen, seine Persönlichkeit. Den Ueberzeugungen der Natur muß der Künstler den Stempel seiner Natur aufdrücken. Die Ausbildung der Persönlichkeit der Schüler ist also die Aufgabe der oberen Stufe, und diese Ausbildung kann keine systematische sein, sie kann sich nicht anders als auf durchaus freier Grundlage vollziehen. Der Lehrer soll Berater des Schülers werden. Und in der strengen Selektion, die erst durch eine genaue Kenntnis des Charakters möglich wird, scheint mir das wichtigste zu liegen. Die manuellen, technischen Fähigkeiten sollen in der unteren Stufe erworben sein, aber über die geistigen — und von ihnen hängt alles ab — soll die obere Stufe entscheiden. Erst in ihr wird es sich zeigen, ob der Schüler etwas Eigenes in künstlerischer Form auszudrücken vermag, ob der Dämon „Künstler“ in ihm steckt.

Ich bin mir wohl bewußt, daß auch die bestgemeinten Maßnahmen in ihrer Auswirkung abhängig sind von der praktischen Durchführung; besonders in Kunstangelegenheiten können sie nur dann von Vorteil sein, wenn der richtige Mann an die richtige Stelle gesetzt wird. Denn erst wird das Neugeschaffene seinen Zweck richtig erfüllen. In einem seiner Briefe schreibt Schiwarz schon vor mehr als zwanzig Jahren: „Ist sich die Schule klar, daß sie nicht ihrer selbst willen da ist, sondern der Volkswirtschaft zu dienen hat?“

### Ludendorff und das Schlachtvieh.

Die deutsche Gegenwart ist reich an wichtigen Ereignissen. Wir sehen dabei von den abschließend herbeigeführten, ernst gemeinten und wider Willen ihrer Urheber humoristisch wirkenden ab und beschränkten uns auf jene, deren Autor der Zufall ist. Ein ahnungsloser Zufall? Ein boshafter? Es gewinnt den Anschein, daß es ein bewußt boshafter, mit uns im Bunde stehender ist. Hätte man in Deutschland mehr Sinn für keine grobherzige Bissigkeit, wir brauchen um die Revolution nicht so heftig zu kämpfen. Er macht die Generale, die Wölfe, die bayerische Justiz lächerlicher, als es der feindseligste Satiriker könnte. Ueber überhört man ihn und seine Wirrungen. In der pathetischen Atmosphäre, in der wir unsere politischen Angelegenheiten zu erlebigen lieben, verliert sich das pettigedruckte wichtige Ereignis. Versuchen wir es, zu retten.

In einer Zeitung fand ich die leider sehr klein gedruckte Nachricht mitten unter anderen, daß ein Dampfer, der Stinnes (wem sonst?) gehört und „Ludendorff“ (wie denn anders?) heißt, in jüngster Zeit zu Rinderrtransportzwecken umgebaut wurde; und zwar handelt es sich um den Transport argentinischen Schlachtviehs nach Europa.

Dies ist der Inhalt der kurzen Meldung. Kein Satiriker hat sie erfunden. Ein biederer Berichterstatter hat sie der Welt verkündet. Es wurde nicht dementiert. In Knappen drei Sätzen enthält sie die ganze unglückselige Komödie, deren Hebeln und handelnde Personen die Mächtigen sind: Stinnes und Ludendorff. Deren leidende Personen wir sind: das Schlachtvieh.

Wie wunderbar die Symbolik der Tatsache, daß Stinnes der Besitzer eines „Ludendorff“ ist; wie noch wunderbarer der Umstand, daß sogar der unschuldige Körper eines toten Schiffes in irgendeine

enge Verbindung mit Schlachtvieh gelangen muß, sobald jenes nur den Namen unseres Feldherrn trägt. Es geht von diesem Namen ein überhöhter Zwang zur Bestialität aus und erstreckt sich auch auf iberische Dinge. Es könnte gar nicht anders sein! Wie groß ist die Vorstellung, daß ein Dampfer, namens „Ludendorff“ ein Ausflugsloot etwa für friedliche Passagiere wäre! Unter Bundesgenosse, der boshafte Zufall, kann es nicht zulassen. Er baut das Schiff um. Ein Dampfer, der so heißt, kann nur einem einzigen Zweck dienen: dem Schlachtviehtransport. Es geschieht einfach diesem Ranne zuliebe, dessen Klamor assoziativ die Vorstellung von deutschen zum Schlachtvieh degradierten Soldaten wachruft.

Leider war der Zufall auch boshaft genug, diesen Ludendorff einmal zum Kapitän eines ungeringenden Schiffes zu ernennen, das „Deutschland“ hieß. Seine Tätigkeit war damals dieselbe: er transportierte Schlachtvieh. Wir waren es zufällig. Er aber kann — in welcher Gestalt er immer auch auftaucht — nichts anderes, als Schlachtvieh transportieren; ob er nun ein General, ein Rebell oder ein Dampfer ist. Kennt eine friedliche Senfe: „Ludendorff“ und sie wird sich in ein Schwert verwandeln. Kennt einen Besen: „Ludendorff“ und der Besen wird schiefen. In der harmlosesten Gestalt verzeugnet er sein Wesen nicht. Gedacht es doch, daß er einmal als friedliebender Morgenpaziergänger aus dem Hause trat und — ohne daß er gewußt hätte, wie — ein Revolutionär wurde! Wut steht an den Buchstaben seines Namens, den er nur einmal für kurze Zeit geändert hatte. Was sängt man in einer Zeit ohne Stahlbäder mit dem Träger dieses Namens an? Der Ausweg liegt nahe, ihn seinem Charakter gemäß zu positionieren: er wäre vielleicht kein ungeschickter Schlächter jener argentinischen Kinder, die der Dampfer seines Namens nach Deutschland bringen soll. So bleibt ein General wenigstens in seinem Joch. Josephus.

Heinrich Jille Mitglied der Akademie der Künste! Unter den neugemählten und vom Minister befristeten Mitgliedern der Berliner Akademie der Künste befindet sich neben Christian Rohlf, den Architekten Albert Gchner und Eduard Bieber und dem norwegischen Maler Christian Krogh auch Heinrich Jille. Hoffentlich wird die neue Würde der vollstündigen Urwüchsigkeit eines Humors keinen Abbruch tun.

Der wirtschaftliche Verband bühnender Künstler Berlins hat in seiner Jahresversammlung im Derrenhause die Berichte über seine Arbeit entgegengenommen. Der Verband zählt zurzeit 1836 Künstler und 169 überdernde Mitarbeiter. Zu den Vorträgen wurden gewählt Prof. Dr. h. c. Reicher als 1., Hans Reinhold als 2. Vorsitzender, Georg Jenler als 1., Gertrud Spitta als 2. Schriftführer, A. Schlabach als Kassenerwart.

Ernst Löffers Tragedie „Der deutsche Hintemann“ bricht Ernst Friedrich am Sonntag, den 9., vorm. 11 Uhr, im Hoftheater, Große Fleckenstraße 102.

Bühnen-Orchester. In dem Sonntagskonzert im Blüthner-Saal am 9. März, abends 8 Uhr, wirkt Gerda Dehmow (Gesang) als Solistin mit. Das Programm enthält u. a.: Vier Renau-Lieder mit Streichquintett, Marineette und Ragout von Franz Schütz, Scherzade, Sinf. Suite für Orchester von Rimski-Korsakow. Dirigent: Camillo Pildebrand. Eintritt 1 M.

„Die grüne Kammer“ heißt die Vortragshöhe sonntäglicher Künstler, die unter Hans Rudemanns Leitung am 8. und 9. März im Reiteraal, Köthener Str. 33, mit dem Programm „Bromm und Frosch“ ihre Eröffnungsbühne gibt. Anfang 8 Uhr.

Außenpolitik wirtschaften lassen, bis selbst ihnen über die Folgen solchen Gewählens ein Schrecken ins Gehirn fährt.

### Man vertritt sich wieder...

München, 6. März. (B.S.) Die Befürchtungen, daß nach dem gestrigen Zusammenstoß zwischen Justizrat Kohl-München und dem Ersten Staatsanwalt Stenglein eine Fortführung der Verhandlung unmöglich gemacht werde, haben sich nicht erfüllt. In vorgerückter Abendstunde gelang es, ein Kompromiß zu schließen, das die ordnungsmäßige Fortsetzung der Verhandlung ermöglicht. Die Verhandlungen dauerten von 11 Uhr vormittags bis gegen 7 Uhr abends an und wurden zum Teil im Justizministerium, zum Teil im Anwaltsverein geführt. Zu Beginn der Verhandlung am Freitagmorgen werden von beiden Seiten Erklärungen abgegeben werden und die Verteidigung wird sich noch einmal formell bei der Staatsanwaltschaft entschuldigen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat der Erste Staatsanwalt Stenglein sich bereit erklärt, die Anklage weitzuvertreten, da bei einem Scheitern der Besprechungen der ungeheurer Apparat des Volksgerichts und die bisherigen außerordentlich hohen Kosten des Verfahrens vergeblich aufgewendet worden wären. Wie verlautet, sind auch gewisse Garantien dafür gegeben worden, daß sich ähnlich scharfe Angriffe der Verteidigung gegen die Staatsanwaltschaft nicht mehr wiederholen werden, und nur nach dieser Zusicherung hat die Staatsanwaltschaft sich bereit erklärt, weiter an der Verhandlung teilzunehmen.

## „Freiheitsorden“

### Wofür die Arbeiter eingetragenen werden sollen.

Führer der evangelischen Arbeitervereine und rechtspolitisch eingestellte christlich-nationale Gewerkschaftsführer haben mit den Führern einflussreicher nationaler und militärischer Verbände nach längerer Verhandlung einen „Freiheitsorden“ gegründet. Der Orden ist aufgebaut auf provinziellen Kreis- und örtlichen Gliederungen. Mitglied kann jeder Deutsche werden, der als Führer offen für das Ziel des Ordens, Befreiung des Volkes und Landes nach innen und außen, mit seiner ganzen Person eintritt. Unter der „Befreiung“ des Volkes nach innen versteht die örtliche Reaktion bekanntlich die „nationale“ Diktatur, unter der das Kapital alles und der Arbeiter nichts zu sagen hat. Man kann also ausrechnen, wach herrlichen Zeiten der „Freiheits“-Orden die Arbeiterschaft entgegenführen will.

## Putsch und Erziehung.

### Das Friedenauer Gymnasium vor Gericht.

Während der Münchner Hochverratsprozess die Gemüter in dauernder Spannung hält, geht in Leipzig vor der fünften Strafkammer des Landgerichts ein Prozess vor sich, der es verdient, die Öffentlichkeit in gleichem Maß zu interessieren, da hier die Zusammenhänge zwischen einer verirrten Jugend und deren Erziehern in verblüffender Weise bloßgelegt werden. Der Direktor des Friedenauer Gymnasiums, Geheimrat Busch und der Schulleiter Dr. Michaelis hatten sich seinerzeit durch einen in der „Neuen Leipziger Zeitung“ erschienenen Artikel beteiligt gefühlt, worin behauptet worden war, daß auf der Schule andauernd antirepublikanische Propaganda getrieben worden sei, daß der Direktor verschiedene Schüler aufgefordert habe,

sich dem Bureau Kapp zur Verfügung zu stellen.

daß der Schulleiter Michaelis dem Verfasser des beanstandeten Artikels im Abiturium die Frage vorgelegt habe: „Warum nennt Oswald Spengler in seiner Broschüre „Preußen und Sozialismus“ die Revolution von 1918 die lächerliche?“ Das Provinzialschulkollegium hatte gegen den Verfasser jenes Artikels, Heinrich Gutmann, seinerzeit Hilfsredakteur an der „N. S. Z.“, und gegen den verantwortlichen Redakteur Rogatzki Klage erhoben, die in der Verhandlung vom 14. August vorigen Jahres zur Freisprechung beider Angeklagten geführt hatte.

Im Wiederaufnahmeverfahren kam es am 4. März in Leipzig erstmalig zu erneuter Verhandlung. Als Hauptanklagepunkte der Kläger fungierten der bekannte deutsch-nationale Parteiführer Schulleiter Dr. Anders, der gelegentlich des Rathenau-Prozesses als Beschützer des in die Nordbaltica verwickelten Gymnasialisten Studenrauch genannt worden war, und ein ehemaliger Postamtbeamter, Anhänger Kapps, Namens Schmidt. Das Bemerkenswerteste waren die Aussagen des Lehrers. In den ersten Tagen des Kapp-Putsches war dieser frühere Schüler des Friedenauer Gymnasiums — zufällig beim Direktor gewesen und hatte ihn

erlaubt, mehrere Schüler zur Dienstleistung nach der Bendlerstraße zu schicken.

Der Direktor, der nach seiner Aussage ohnungslos den damaligen Ereignissen gegenüberstand, die zwar außer ihm allen Beteiligten bekannt waren, hatte daraufhin ohne weiteres verschiedene Schüler der Oberklassen mit den Worten angeredet: „Jungens, es werden einige tüchtige Leute in der Bendlerstraße gebraucht. Weidet euch dort.“ Kein Gedanke, daß es sich um Hochverrat handelte, kein Gedanke an das gefährdete Leben der Schüler. Der Direktor wußte nichts, wie er sagte, von einer Marinebrigade Ehrhardt und verstieg sich zu der grotesk lächerlichen Behauptung, die Matrosen seien ihm ja seit 1918 besonders verhaßt gewesen, wie hätte er zum Eintritt in eine „Marinebrigade“ auffordern können!

Diese erschütternde Aussage wurde vom Vorsitzenden Dr. Rahn nicht beanstandet, auch nicht die Behauptung, er hätte zum Eintritt in die Technische Hochschule aufgefordert. Der Direktor mußte wissen, daß auch diese Aufforderung eine Teilnahme am Verbrechen des Hochverrats bedeutete, da die nach Dresden abgereiste legale Regierung durch öffentliche Bekanntmachungen jede Dienstleistung für die Kappregierung verboten hatte. Den als Zeugen ersichtlich vernommenen ehemaligen Schülern Kaufmann und Sandstein waren in der Bendlerstraße Flugblätter antilemischen Inhalts und jene bekannten Befehle mit Todesandrohungen gegen Arbeitsverweigerer ausgehängt worden, die sie auf der Straße zu verteilen hatten.

Bei der Vernehmung des Studienrats Dr. Diehl, eines der wenigen demokratisch gesinnten Untergebenen Buschs, stellte der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Wile, den Antrag, Diehl über die außerhalb des Unterrichts befindliche Gesinnung seines Direktors zu vernehmen, dagegen erhob der Anwalt des Direktors Busch lebhaften Protest. Obwohl der Schulleiter Michaelis als höchster Vorgesetzter Diehl von seiner Schweigepflicht entband, beschloß das Gericht, eine Aussage des Zeugen über die Frage des Verleiders nicht zuzulassen.

Uebereinstimmend mit den in erster Verhandlung gemachten Aussagen, bekundeten die Zeugen Busch und Hopf, daß die republikanischen Schüler andauernd wegen ihrer Gesinnung vom Direktor und von verschiedenen Lehrern gehöhnt und drangsalirt wurden, so vor allem wegen ihres Fernbleibens anlässlich der Kaiserfeier und wegen Entfernung der Hohenzollernbilder und des Bildes von Ober und Roste in Badehofen. Alle Zeugen bestätigten die Behauptung der Angeklagten, daß Schulleiter Michaelis an den Abiturienten Gutmann die Frage wegen der Spenglerschen Broschüre gerichtet habe. Nur ein von den Klägern zitierter Zeuge wußte sich nicht zu erinnern. In keiner Weise konnte Michaelis glaubhaft machen, daß er seine Frage, weshalb Spengler die Revolution von 1918 als die lächerliche bezeichne, nur zur Illustration der im Geisteswissenschaftlichen behandelten anderen Revolutionen gebraucht habe. Derselbe Michaelis ist freilich vom Provinzialschulkollegium mit der Untersuchung der vom Vater des Abiturienten Gutmann seinerzeit gegen das Friedenauer

# Kriegsteilnehmer, Republikaner!

Männer, die im Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland die Ketten nicht verlieren, haben auf republikanischer Grundlage das Deutsche Reich neu errichtet, geleitet und besetzt von dem einen Gedanken: Trotz verlorenen Krieges darf das Reich nicht untergehen, staatliche Einheit ist die erste Voraussetzung zum nationalen Wiederaufstieg!

Das schwere Werk ist gelungen. In Weimar gab sich unser Volk eine neue Verfassung; aber noch bevor der Bau aus den Grundmauern geführt war, wurde er bestürzt, um seine Vollendung zu hindern. Die Brandfackel des Bürgerkriegs ist mehr denn einmal gegen das Gebäude geschleudert worden; die Baumeister wurden mit Nord bedroht, Erzberger, Rathenau und andere fielen von Mordhand.

Unter dem Vorgeben, nationale Ziele zu verfolgen, vaterländische Gesinnung zu pflegen, haben sich Organisationen gebildet, die das deutsche Volk in zwei Lager spalten, die

### auf die Entfesselung des Bürgerkriegs hinarbeiten.

In ihren Reihen stehen Männer, die hohe und höchste Ämter in der Republik annehmen, ihr den Treuschwur leisteten und jetzt zugeben, daß ihr ganzes Sinnen und Trachten heimtückisch und Berrat gewesen ist, Berrat an der Republik, Berrat an der deutschen Volks, dessen staatliche Einheit zu zerschneiden ihr Wille ist.

Tausende junger Männer sind zu bewaffneten Sturmhaufen formiert, unter Führern, die sich rühmen, die Verfassung von Weimar, welche sie mit Feuer und Schwert bekämpfen, nie gelesen zu haben. Ein Ringen um geistige Probleme ist ihnen fremd, des Gedächtnisses gelähmt sind sie ungewohnt; sie sind Opfer wilder Demagogie, die schamlos Mißbrauch mit den Begriffen Vaterland und Nation treiben, ihre eigene Schuld und heimlichen Ziele hinter schwachwolliger Zudensbege verdecken. Die Republikaner werden nie vergessen, daß Schulter an Schulter mit Katholiken, Protestanten und Freidenkern jüdische Soldaten gekämpft und getötet haben. Die Zahl der toten und schwerverwundeten Juden beweist dies. Dieser blöde Antisemitismus, der sogar die Seele der Kinder vergiftet, macht Deutschland nicht nur in der Welt lächerlich, sondern ist innerpolitisch wie außenpolitisch eine Gefahr.

Kriegsteilnehmer, Republikaner! Noch ist der Kampf um das Dasein des deutschen Volkes als staatlich geschlossene Nation nicht beendet. Fremde Heere stehen am Rhein und an der Ruhr, riesengroß ist die Gefahr des Verlustes auch dieser Gebiete. Aus Kleinmütigkeit, deutschem Stammesdünkel, dynastischen Interessen und der erblichen Befassung der Kleinstaaten ist der Gedanke geboren, durch Preisgabe der staatlichen Einheit wirtschaftliche Vorteile für einzelne Gebiete oder Duldung der Rückkehr einzelner Monarchen von den Siegern im Weltkrieg zu erlangen.

Groß ist die Gefahr, daß die von deutschen Nationalisten entfesselten Kämpfe um die Staatsform den Nationalisten jenseits der deutschen Grenze willkommenen Anlaß bieten, in Deutschland einzumarschieren und das Deutsche Reich aus der Liste der Staaten zu streichen. Das darf nicht geschehen!

Deutschland darf nicht untergehen! Es kann sich aber nur erhalten und wieder erheben als Republik.

In dem Willen, der deutschen Republik zu dienen, ihr in allen Fällen der Not beizustehen, haben sich örtlich oder bezirkweise in

mehr oder minder strenger Form republikanische Kriegsteilnehmer schon vor mehr als Jahresfrist zusammengeschlossen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die lose Verbindung, die untereinander bestand, ungenügend war. Deshalb haben sich die Verbände der republikanischen Kriegsteilnehmer am 22. Februar 1924 in Magdeburg zur Reichsorganisation

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

### Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer

zusammengeschlossen. Der Bund wird keine eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen. Die Lösung dieser Aufgaben sei den dazu berufenen republikanischen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden überlassen. In seine Reihen nimmt der Bund jeden Kriegsteilnehmer auf, der mit Herz und Hand für die deutsche Republik einzutreten gewillt ist. Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keine Stätte. Dem nationalpolitischen und bolschewistischen Demagogentum wird der Bund mit den Mitteln der Aufklärung und Werbung für den republikanischen Gedanken entgegenzutreten. Bei allen gewalttätigen Angriffen auf die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederkämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen.

In der Erkenntnis, daß die

Republik nur durch Republikaner zu Macht und Ansehen gebracht werden kann, verlangt der Bund die Befreiung aller wichtigen Ämter insbesondere in Verwaltung, Schule, Justiz, Wehrmacht und Polizei mit Republikanern.

Kriegsteilnehmer, Kameraden, die ihr als Republikaner ins Feld gezogen oder als solche zurückgekehrt seid, waffenfähige Männer und schließlich alle, die ihr bereit seid, die Ziele unseres Bundes zu unterstützen: Hinein in unseren Bund! Das Banner der deutschen Republik mit den alten deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold ist unser Zeichen. Die Republik den Republikanern! — Hoch die Republik! Hoch das deutsche Volk!

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

### Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, e. V., Sitz Magdeburg.

### Der Bundesvorstand:

O. Hörning, Oberpräsident, Bevollmächtigter zum Reichstag, Vorsitzender. R. Härtelmann, Redakteur, stellvert. Vorsitzender. Dr. jur. Baerenprang, Rechtsanwalt, Oberleutnant a. D., Schriftführer. W. Röber, Gauleiter im Reichsbund der Kriegsteilnehmer, stellvert. Schriftführer. P. Grohn, Kaufmann, Schatzmeister. E. Boehme, Magistratsrat, stellvert. Schatzmeister. D. Baer, Stadtordnungsleiter, Beisitzer. W. Hardt, Polizeioberst, Major a. D., Beisitzer. F. Krull, Sekretär (christl. Gewerkschaften), Beisitzer. H. Feuerherdt, Syndikus des Verbandes der Landwirte und Gemeinden, Leutnant a. D., Beisitzer. R. Ditt, Schmelz, Beisitzer. A. Rößiger, Schulleiter, Leutnant a. D., Beisitzer. E. Brandenburg, Gauleiter im Landarbeiterverband, Mitglied des preussischen Landtages, Beisitzer. L. Winger, Genossenschaftssekretär, Beisitzer. G. Ferk, Partisekretär, Beisitzer.

## Parlamentsbeginn in Prag.

Prag, 6. März. (B.S.) Heute traten die beiden Häuser der Nationalversammlung zur Frühjahrssitzung zusammen. Im Abgeordnetenhause kam es gleich nach den ersten Eröffnungsworten des Präsidenten Tomasek zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Kommunisten und tschechischen Sozialdemokraten, der eingeleitet wurde durch einen Jurist des kommunistischen Führers Kdo. Schmeera: „Weg mit der Regierung der Reaktion und Korruption, schreibt Rewahlen aus!“ Im Einklang befindet sich u. a. ein kommunistischer Antrag auf Wahl einer 24gliedrigen Kommission zur Untersuchung der Spiritusaffäre und eine Interpellation der Vertreter der fünf koalitierten Regierungsparteien, in der die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den die Prozesse wegen der durch die Presse begangenen Ehrenbeleidigungen den Schwurgerichten entzogen werden sollen. Ministerpräsident Sechla erklärte, die Regierung erkenne vollständig die Gründe des Antrages an und werde baldigt einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einbringen.

## Polnischer Rechtskurs.

Warschau, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Zum polnischen Gesandten in Paris wurde der polnische Großgrundbesitzer und führende Landwirtschaftsminister Chlapowski ernannt. Vertreter Polens beim Völkerverband wird Roman Dmowski. Zu den Verhandlungen über das Kontrakt mit dem Vatikan begibt sich der nationaldemokratische Abg. Stanislaw Grabski, Bruder des Ministerpräsidenten, nach Rom.

Der deutsch-polnische Rechtschutzvertrag ist in Warschau unterzeichnet worden.

## Die Spanier in Marokko.

Paris, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kiffabalen haben durch überraschenden Angriff auf die spanischen Truppen bei Melilla einen großen Erfolg gehabt. Die Verluste der spanischen Truppen an Toten, Gefangenen und an Munition sind sehr hoch. Es wurden sofort 14 000 Mann spanische Reserveeinheiten zur Verneidung der Kiffabalen ins Gefecht geworfen. In Madrid ist man über die neuen kriegerischen Entwicklungen sehr beunruhigt.

Die neueste kriegerische Bewegung der Kiffabalen ist nur ein Glied in der langen Kette der Kämpfe um die Befreiung vom spanischen Joch. Die Bestimmungen an Nordwestafrika (die sogenannten Westafrika) haben den Spaniern bis jetzt nur ungewisse Kosten und dauernde Unverluste verursacht. Die gegenwärtige Mobilisierung eines Teiles der spanischen Armes dürfte noch nicht die letzte sein.

## Nach dem Kalifen der Schah.

### Er braucht nicht mehr nach Hause zu fahren.

Paris, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Der jugendliche Schah Ahmed, der sich seit längerer Zeit an der französischen Riviera aufhielt, hat von Teheran die Mitteilung erhalten, daß er des Landes verwiesen ist und nicht mehr zurückkehren darf. Die persische Regierung hat gleichzeitig beschlossen, die königlichen Juwelen zu verkaufen und den Erlös zum Eisenbahnbau zu benutzen. Der Vater des jugendlichen Schah Ahmed ist bereits vor einigen Jahren, kurz nach der persischen Revolution, abgesetzt und des Landes verwiesen worden.

Uhr nicht gestorben. Wie B.S. aus Paris meldet ist die von uns übernommenen Nachrich von dem Hinscheiden des sozialdemokratischen Abgeordneten Uhrn infolge eines Herzschlages, nach einer Hausarrestation aus Creil bei Paris, wo Uhrn Bürgermeister ist, unzutreffend. Der Abgeordnete befindet sich in völliger Gesundheit in Paris.

Gymnasium beim Kultusministerium erhobenen Beschwerde beauftragt worden!

Die Verhandlung wird, wie uns aus Leipzig berichtet wird, am heutigen Freitag fertiggestellt, da inzwischen die der Beschwerde zugrunde liegenden Akten vom Kultusministerium auf Antrag der Beklagten eingefordert werden mußten. In dem Urteil der ersten Instanz hatte es geheißen, daß das Schöffengericht auf die zweifelhaften Aussagen des Busch kein Gewicht legen könne und daß Michaelis zweifellos den ihm als Republikaner bekannt gemeinerten Beklagten habe bloßstellen wollen. Der Vorstehende der Berufungskammer scheint bisher den „harmlosen“ Erzählungen von Busch und Michaelis mehr Glauben zu schenken.

## Produktionsrückgang im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die zahlreichen in den letzten Wochen im Zentrum des Ruhrgebiets eingeleiteten Feierschichten auf den Zechen haben einen merklichen Rückgang der Produktion von Kohle und Koks zur Folge gehabt. So wurden in der vergangenen Woche im Gelsenkirchener Bezirk nur etwa 24 000 Tonnen täglich gegenüber 31 000 Tonnen in der Woche gefördert. Dabei ist zu beachten, daß auf allen Zechen des Bezirks täglich einige 1000 Tonnen Kohle und Koks auf Halben gefördert werden, da die Absatzverhältnisse infolge der noch nicht wieder in Gang befindlichen anderen Industrien noch sehr stark beeinträchtigt sind. Auch die Herstellung von Koks ist in der gleichen Weise zurückgegangen, und zwar um etwa 400 Tonnen arbeitsmäßig.

## Der Bericht der Sachverständigen.

Paris, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Sachverständigenausschüsse haben, obwohl die Beratung einzelner Spezialfragen noch nicht ganz beendet ist und insbesondere zum Projekt einer deutschen Goldnotenbank Reichsbankpräsident Dr. Schacht Anfang nächster Woche noch gehört werden wird, mit der Abfassung ihres Berichtes an die Reparationskommission begonnen. Man rechnet damit, daß die Uebergabe an die Reparationskommission spätestens am 18. März erfolgen wird. In ununterrichteten Kreisen verfaulet, daß die Sachverständigen anregen werden, die von ihnen erstatteten Gutachten sowie die Vorschläge zur Regelung des Reparationsproblems so bald wie möglich der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen.

Der Zahlungsplan, den die Sachverständigen aufstellen werden, erstreckt sich lediglich auf die nächsten drei oder fünf Jahre. Der „New York Herald“ will wissen, daß er, wenigstens für die ersten drei Jahre, nur Sachleistungen vorzieht, da nach Auffassung der Sachverständigen die aus dem deutschen Budget herauszuholenden Ueberschüsse im besten Fall die dafür erforderlichen Aufwendungen zu decken vermögen.

## Handelsmann Mussolini abgebildet.

London, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Es bestätigt sich, daß Mussolini die französische Regierung eingeladen hat, an der spanisch-italienischen Marine-Entente im Mittelmeer teilzunehmen. Als Entgelt wurde der französischen Regierung die italienische Unterstützung in der Reparationsfrage angeboten. Die Ablehnung des italienischen Angebots mit der Begründung, daß Frankreich einem derartigen gegen England gerichteten Block nicht beitreten könne, hat in Londoner Regierungskreisen einen günstigen Eindruck hervorgerufen.

# Gesetzwidrige Schiedsprüche.

## Der Reichsarbeitsminister verlegt die Arbeitszeitverordnung.

Im Reichsarbeitsministerium und in den diesem unterstellten Schlichtungsinstanzen hat sich eine Praxis des Schlichtungsverfahrens herausgebildet, die ungesetzlich ist, Arbeitszeitverordnung und Tarifrecht über den Haufen wirft und aus purer Liebhaberei gegenüber den Scharfmachern im Unternehmerlager das Schlichtungsverfahren in sein Gegenteil verkehrt. Unter offener Verletzung der von ihm selbst erlassenen Arbeitszeitverordnung erklärt der Reichsarbeitsminister sogenannte Schiedsprüche, die gegen den ausdrücklichen Willen einer Partei zustande kommen, für verbindlich, versucht also zwangsweise von Staatswegen und mit den Machtmitteln des Staates einer Partei den Willen der anderen Partei, d. h. den Arbeitern und Angestellten den Willen der Unternehmer aufzuzwingen. Man muß schon nach Sowjetrussland gehen, um einen ähnlichen Mißbrauch der Machtmittel des Staates zu finden.

Die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember sieht bekanntlich im § 1 vor, daß die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen, die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Es folgen dann eine Reihe von Bestimmungen, die die Ausnahmen der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit umgrenzen. § 5 folgt:

Wird durch Tarifvertrag die Arbeitszeit über die im § 1 Satz 2 und 3 festgesetzten Grenzen ausgedehnt, so gelten für die Beschäftigten der Arbeitnehmer, für die der Tarifvertrag verbindlich ist, dessen Bestimmungen an Stelle der Vorschriften des § 1.

Sind in einem Tarifvertrag die näheren Bestimmungen über die Arbeitszeit besondere Vereinbarungen oder die Entscheidung durch besondere Stellen vorbehalten, so kann, wenn eine Vereinbarung oder Entscheidung in einer von der obersten Landesbehörde bestimmten angemessenen Frist nicht zustande kommt, die oberste Landesbehörde Bestimmungen über die zulässige Arbeitszeit treffen, die solange gelten, bis die Vereinbarung oder Entscheidung vorliegt.

In den Fällen des Abs. 2 und 3 tritt bei Tarifverträgen, die für mehrere Länder gelten, an die Stelle der obersten Landesbehörde der Reichsarbeitsminister.

Diese Bestimmungen sagen also mit einfacher Klarheit, daß außer den genau umgrenzten Ausnahmen von der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit eine längere regelmäßige Dauer als die achtstündige Arbeitszeit nur durch Tarifvertrag vereinbart werden kann. Und wenn in einem Tarifvertrag die Entscheidung über die Arbeitszeit einer Schlichtungsinstanz selbst, und nur in diesem Falle kann die dazu bestimmte Landesbehörde eine längere regelmäßige als die achtstündige Arbeitszeit festsetzen. An Stelle der obersten Landesbehörde tritt der Reichsarbeitsminister nur in solchen Fällen, wo Tarifverträge für mehrere Länder gelten.

Wie aber sieht die Praxis des von allen bürgerlichen Parteien unterführten Reichsarbeitsministers aus? Sie schneidet allen diesen Bestimmungen, die von den (früheren) Koalitionsparteien vereinbart worden sind, direkt ins Gesicht.

Nach Ablauf eines Tarifvertrags bzw. unter Benutzung des reichslich unklar gefassten § 12 der Arbeitszeitverordnung, monach gültige Verträge, liefern sie „eine geringere als nach dieser Verordnung zulässige Arbeitszeit vorsehen“ — und das wird so ausgelegt, daß die unter bestimmten Voraussetzungen zulässigen Ausnahmen ohne weiteres als Arbeitszeit gerechnet werden — mit

30tägiger Frist gekündigt werden können, verlangen die Arbeitgeber bei Abschluß eines neuen Vertrags die Festsetzung der 54- bis 60stündigen regelmäßigen Arbeitszeit. Diese Forderung wird natürlich von den Arbeitnehmern abgelehnt, worauf der Schlichter bzw. das Reichsarbeitsministerium angerufen werden.

Der angerufenen Schlichtungsinstanz liegt nicht etwa ein Tarifvertrag vor, der dessen Schiedspruch in der Frage der Arbeitszeit vorseht, wie dies im § 5 der Arbeitszeitverordnung gefordert wird, sondern ein Verlangen der Arbeitgeber, das von den Arbeitnehmern abgelehnt wird. Nichtsdestoweniger kommen die angerufenen Schlichtungsinstanzen fast regelmäßig dem Verlangen der Arbeitgeber nach und sehen — im störrischen Widerspruch zu den Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung — eine längere regelmäßige Arbeitszeit als die achtstündige fest oder überlassen es dem Willen der Arbeitgeber allein, eine längere als die achtstündige Arbeitszeit anzugeben.

Solche Schiedsprüche sind ohne weiteres ungesetzlich. Die Gewerkschaften dürfen sich fortan nicht mehr damit begnügen, sie abzulehnen, sie müssen versuchen, dagegen mit allen Rechtsmitteln anzukämpfen.

Was aber tut der Reichsarbeitsminister gegen die ungesetzliche Entscheidung der ihm direkt unterstehenden Schlichtungsinstanzen? Er erklärt sie für verbindlich. Damit fügt er einer Rechtsverletzung zwei weitere Rechtsverletzungen hinzu. Denn nach dem klaren Wortlaut des § 5 der Arbeitszeitverordnung kann 1. nur ein an Stelle des § 1 tretender Tarifvertrag für verbindlich erklärt werden und 2. ist der Reichsarbeitsminister nur dann berechtigt, eine vorläufige Entscheidung zu treffen, wenn der Tarifvertrag „für mehrere Länder“ Geltung hat, andernfalls ist die oberste Landesbehörde zuständig. Der Reichsarbeitsminister setzt also an Stelle des Tarifvertrags eine von ihm eingesezte Schlichtungsinstanz bzw. deren „Schiedspruch“ und sich selbst an Stelle der obersten Landesbehörde.

Eine derartige, von der obersten Reichsbehörde fortgesetzt geübte Rechtsverletzung muß verheerend wirken. Sie kann unmöglich weiter ertragen werden. Alle auf die Art zustande gekommenen und für verbindlich erklärten „Schiedsprüche“ sind rechtlich ungültig und es muß mit allen verfügbaren Rechtsmitteln angestrebt werden, daß sie für null und nichtig erklärt werden. Für die aus diesen Schiedsprüchen den Arbeitnehmern und deren Vertretung entstandenen Schäden und Nachteile haften der Reichsarbeitsminister.

Man wird fragen, wie eine so beispiellose Vergrößerung des Rechts möglich sein kann. Man braucht nur die Unternehmerpresse nachzublättern, um darüber Klarheit zu bekommen. Als die Arbeitszeitverordnung veröffentlicht wurde, eroberte sich im Unternehmerlager ein fürchterliches Geschrei gegen den „Zwangstarif“. Man ging so weit, die Beseitigung des Reichsarbeitsministeriums zu fordern. Da bekam es Dr. Brauns offenbar mit der Angst zu tun. Er vergemäßete einfach die Arbeitszeitverordnung in der geschätzten Weise: Der freie Tarifvertrag wird befristet, die obersten Landesbehörden werden ausgeschaltet. An ihre Stelle tritt das Diktat der Scharfmacher, das der Reichsarbeitsminister für „Recht“ erklärt.

Mit diesem Skandal, dem wir bereits große Wirtschaftskämpfe verdanken — in diesem Augenblick sind sämtliche deutschen See- und Flussschiffsmenschen stillgelegt, ohne die anderen Kämpfe in Rheinland-Westfalen, Ludwigsbafen, Oppau usw. zu nennen —, diesem Skandal und diesem Zwang zu Wirtschaftskämpfen muß ein Ende gemacht werden. Sonst hört das Deutsche Reich auf, ein Rechtsstaat zu sein.

### Reichskonferenz der Margarinearbeiter.

Am 2. März tagte in Hannover eine Reichskonferenz der Margarinearbeiter Deutschlands, an der 27 Delegierte der Gewerkschaften und Angestellten des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands teilnahmen. Branchenleiter Senfke leitete in seinem Referat über die wirtschaftliche Lage der Margarinearbeiter in großen Zügen ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse. Die Kapitalakkonzentration in der Margarinearindustrie, die Ausfaltung der Betriebe durch Konzerne, hat weitere Fortschritte gemacht. Es existieren gegenwärtig nur noch ganz wenige freie Margarinearfabriken von einiger Bedeutung außerhalb der Konzerne. Neben den mit holländischem und englischem Kapital arbeitenden van den Bergh- und Jürgens-Konzernen haben sich der Jagdfeld-Konzern, der Müller-Konzern, der Homann-Konzern weiter ausgedehnt, in neuerer Zeit auch die Vereinigten Deutschen Fettwerke u. a. eine Zusammenschließung von Margarinear-, Öl-, Seifen- und Stearinfabriken. Der Konkurrenzkampf nimmt immer schärfere Formen an. In vielen Betrieben sind weitgehende Verbesserungen der technischen Einrichtungen getroffen worden, wodurch ganz außerordentliche Produktionssteigerungen bei verlängerter Arbeiterzahl erzielt wurden. Bei einer vollen Ausnutzung der vorhandenen deutschen Betriebsanlagen wäre es möglich, nicht nur den vollen deutschen Bedarf, sondern auch den mancher Nachbarländer zu decken. Die wirtschaftliche Lage der Unternehmungen in der Margarinearindustrie war in den letzten Jahren der Inflationsperiode gewiß nicht rosig. Es gelang ihnen nicht immer, die Inflationschancen abzumehren. Am besten war dieses noch in großen holländischen Konzernen möglich. Weit ungünstiger als die Wirtschaftslage der Unternehmungen war aber die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in der Margarinearindustrie. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren im letzten Jahre an der Tagesordnung. Die Branchenleitung hat versucht, den Beschäftigungsgrad der Margarinearindustrie im Jahre 1923 statistisch zu erfassen. Von den 73 der erfassten Betriebe — ca. 75 Proz. aller Fabriken — waren nur 7 meist kleinere Betriebe das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt. In 66 Betrieben wurde entweder verkürzt gearbeitet oder ganz ausgefallen. Der Ausfall der Arbeitstage durch Kurzarbeit betrug für 7537 Beschäftigte (Kurzarbeiter insgesamt) 620.466 Arbeitstage, im Durchschnitt hatte jeder Arbeiter einen Verlust von 82 Arbeitstagen zu tragen. Außerdem waren noch Hunderte von Arbeitern infolge technischer Verbesserungen im Produktionsprozeß überflüssig geworden. Ganz besonders traurig war aber die Lage im besetzten Gebiet. Auf jeden Mar-

ginearbeiter kamen hier als Folge der Ruhbefehle 169 verlorene Arbeitstage.

Die wichtigste Aufgabe der Konferenz war die Entscheidung über die Arbeitszeitfrage in der Margarinearindustrie. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen der Lohn- und Tarifkommission mit den Unternehmervertretern hat sich der tarifliche Zentral-Schlichtungsausschuß auf einen Vorschlag geeinigt, der unter grundsätzlicher Beibehaltung der 48-Stunden- und 7-Tage-Weekend-Arbeitszeiten gestattete, für Betriebe, Betriebsabteilungen oder für einzelne Arbeiter die 54-Stunden-Woche anzuordnen. Darüber hinaus sollte in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit auf 60 Stunden verlängert werden können. Für die Arbeitszeit über 54 Stunden hinaus sollte ein Zuschlag von 20 Proz. zum Tariflohn gezahlt werden.

Der Vorschlag wurde von Parich als Vertreter des Verbandsvorstandes im Hinblick auf den allgemeinen Stand der Arbeitszeit zur Annahme empfohlen. Wie er betonte, gegen seine innere Ueberzeugung. In der Aussprache wurde von sämtlichen Rednern — es kamen alle Delegierte zum Wort — die Ablehnung dieses Vorschlages gefordert. Angenommen wurde ein Antrag Petersen-Hamburg, der die Arbeitszeit in den Betrieben über den Vorschlag verlangte. Ferner wurde folgender Antrag Weisch-Mannheim angenommen:

„Die Reichskonferenz der Margarinearbeiter am 2. März 1924 beauftragt den Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, beim ADGB auf einen Volksentscheid über den Achtstundentag hinzuwirken.“

Als Mitglieder der Lohnkommission wurden gewählt: Vogt-Hamburg, Horsting-Goch, Rener-Berlin, Weisch-Mannheim; als Stellvertreter: Jung-Hamburg, Knops-Cleves-Goch, Jakob-Dresden, Hermann-Nürnberg.

### Tariffbewegung in der Lederwarenindustrie.

Die deutsche Lederwarenindustrie gehört mit zu den Gewerben, die infolge der Inflation bis in den Sommer 1923 hinein außerordentlich stark beschäftigt waren. Der Marktsturz in der zweiten Jahreshälfte setzte dem Export ein plötzliches Ende. Einzelne Wähe, namentlich der Sitz der ausgesprochenen Luxusindustrie, das ehein-rheinische Industriegebiet, wurden nicht so stark von der Krise betroffen wie Berlin, Sachsen und das besetzte Gebiet. Die Rentenmark hat fast für die gesamte Industrie einen Aufschwung gebracht. Die Betriebe sind voll beschäftigt, zum Teil recht reichlich mit Ueberstunden. Dessenungeachtet haben die Arbeitgeberverbände alle vier Verträge in der Leder-

warenindustrie am 31. Januar zum 30. April gekündigt. Bis zum Herbst 1922 bestand nur ein Reichstarif, der infolge wirtschaftlicher Differenzen in den verschiedenen Arbeitgebergruppen in die Brüche ging. Heute besteht je ein Vertrag für Bayern und Württemberg, ferner ein Vertrag mit dem Sitz in Berlin und einer mit dem Sitz in Offenbach. Diesen beiden letzteren Tarifverträgen sind die übrigen Bundesstaaten des Reiches so ziemlich je zur Hälfte zugeteilt. Neben der allgemeinen Kündigung der Verträge haben einzelne Arbeitgeberverbände auch die Arbeitszeitbestimmungen der noch laufenden Verträge gekündigt. Die bisherigen Verträge der Arbeitgeber, eine tarifliche Verlängerung der Arbeitszeit herbeizuführen, sind gescheitert. Der Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilletterverband hat die strikte Parole herausgegeben:

### Zerfallen am Achtstundentag!

Der erste Ansturm der Berliner Fabrikanten wurde glatt abgewehrt. Ein Stuttgarter Schiedspruch auf 51 Stunden wurde fast einstimmig abgelehnt. Auch in der Lohnfrage hatten sich die Berliner Arbeitgeber eine Schlappe geholt, welche dem sonst so geprügelten Bundesorgan die Spitze gerührt hat. Infolge eines lokalen Streiks wurden am 12. Februar 2000 Personen ausgesperrt, denen ein Schiedspruch am 13. Februar 10 Proz. Lohnaufbau brachte; am 13. Februar wurde die Aussperrung zurückgenommen. — Tabelle!

Im Osten Deutschlands starbt das Unternehmertum zu vorwärtigen Gepflogenheiten zurückzuführen zu dürfen. Als die Arbeiter es ablehnten, eine tarifwidrige Verlängerung der Arbeitszeit in Kauf zu nehmen, versagte man ebenso tarifwidrig einen Lohnaufbau von 3 Proz. in Guitstadt in Ostpreußen sogar 8 1/2 Proz. In Rastose ist es in der dortigen Kofferindustrie zum offenen Kampf gekommen und ist es nicht ausgeschlossen, daß in wenigen Tagen der ganze Osten im Kampf steht. Seit einigen Tagen spielen die Arbeitgeber mit dem Gedanken der Aussperrung. Während man im Freistaat Sachsen und in den Provinzen Hannover und Sachsen die Bühne aufgebessert hat, will man für Schlesien die an sich sehr niedrigen Löhne durchaus nicht aufbessern. Der staatliche Schlichter ist ungerne. Die Firma Arnade-Görlich-Mons setzt sich über den Tarifvertrag hinweg und diktiert die Arbeitszeit nach eigenem Ermessen. Einige findige Unternehmer haben ihren Kollegen den Glauben beizubringen versucht, die Arbeiterorganisation sei tot, die Tarifverträge verfallen zu nichts mehr.

Soweit die Wirklichkeit geht, sind diese Herren einer groben Täuschung zum Opfer gefallen. Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber haben zu erkennen gegeben, daß sie wiederum geordnete Tarifverhältnisse wünschen und werden vorwärtlich in den nächsten Wochen zentrale Verhandlungen stattfinden. Der Aufsicht der einzelnen örtlichen Arbeitgeberverbände läßt allerdings wenig Verständnis für die Notwendigkeiten des Tages erwarten. Hieraus werden die in Frage kommenden Arbeiterschichten die Tuganwendung zu ziehen wissen und alles aufbieten, um ihre Organisation zur Kampfbereitschaft auszubauen.

### Erfolge der Politik des Reichsarbeitsministers.

Bei den gestern erfolgten Zusammenstößen vor der Bobischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsbafen kam es, wie von dort gemeldet wird, zu einer Schießerei, bei der verschiedene Verletzte zu beklagen sind. In der Ambulanz der Bobischen Anilin- und Sodafabrik befinden sich ein toter Polizist, zwei Schwer- und fünf Leichtverletzte, darunter zwei Polizisten. In der Frauenambulanz sind zwei Verletzte mit Lungenschüssen und zwei mit Bauchschüssen sowie neun Leichtverletzte untergebracht. — Die Lage ist sehr ernst. Die Polizei steht aktionsbereit. Nach Mitteilungen, die allerdings bis jetzt noch keine Bestätigung erfahren haben, sollen französische Truppen zur Hilfeleistung nach der Fabrik beordert worden sein.

In Ludwigsbafen hat die Direktion der Bobischen Anilin- und Sodafabrik es nicht für notwendig gehalten, sich vom Reichsarbeitsminister einen „Schiedspruch“ für Verlängerung der Arbeitszeit zu holen. Sie hat einfach den Neunkundentag anordnet und die Betriebe geschlossen, weil die Arbeiter nach achtstündiger Arbeitszeit die Arbeit verließen. Wenn von der erregten Arbeiterschaft dann Mißhandlungen begangen wurden, so ist das wohl bedauerlich, aber wirklich verantwortlich dafür ist mit der Direktion der Reichsarbeitsminister, der dieser das Beispiel der Gesetzesverachtung gegeben hat.

### Vor dem erfolgreichen Ende des Wiener Bankbeamtenstreiks.

Wie aus Wien gemeldet wird, haben die gestrigen Verhandlungen mit den streikenden Bankbeamten einen so günstigen Verlauf genommen, daß der Streik, wenn nicht heute, dann längstens morgen sein Ende findet. Die Banken haben ein neues Angebot gemacht, wonach sie im gegenwärtigen Augenblick auf die Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde verzichten. Auch in den Fragen der Verlegung der Kassenscheine und der Frage der beschränkten Aufhebung der Kassenscheine zeigen die Banken Entgegenkommen. Die Forderungen sollen derartig gelockert werden, daß in den niedrigsten Gehaltsstufen eine Erhöhung um 8 Proz. eintritt, die sich dann in den einzelnen Stufen bis auf 7 Proz. erhöht.

Zentralverband der Bauarbeiter. Mitteilungsblatt der Bauarbeiter im Einzelhandel heute abend 7 1/2 Uhr im Großen Saal der Wasserstraße, Postfach 11-12. Tagesordnung: Kampf über Einigung? Bericht über die Tarifverhandlungen. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.

Achtung, Bauernkassendirektoren! Kontonummer 11/12 Uhr Funktionärversammlung in den Räumen der Bauernkassendirektoren, Sebastianstraße 11-12. Tagesordnung: Bericht über die neuen Lohnverhandlungen. Jedes Gehalt muß vertreten sein.

Achtung, Arbeiter! Dienstag nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftssaal, Saal 6. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften und Arbeiter des Großen, kleinen und Kleingewerbes. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist es Pflicht aller Gewerkschaften, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. — Heute abend 7 1/2 Uhr Bauernkassendirektoren im Gewerkschaftssaal, Saal 6. — Sonntags abend 8 Uhr in allen Bezirken Versammlungen. Die Gewerkschaften und Funktionäre haben die Pflicht, zu diesen Versammlungen alle Kameraden einzuladen, da ganz wichtige Angelegenheiten (Wahlrecht) zur Beratung stehen. Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salfer; Gewerkschaftsangelegenheiten: A. Schorn, Paul Hübner; A. A. Schäfer; Solales und Sonstiges: Fritz Kahlbach; Anzeigen: H. Glöckner; Familien in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Simon u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1, Büro 2, Bogen.

**BORG** ZIGARETTEN  
FÜR  
QUALITÄTSRAUCHER

**LUX**  
**SEIFENFLOCKEN**  
der SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. Mannheim-Rheinau  
sind das beste Waschmittel für Wolle, Seide  
und alle feinen Gewebe.

# Wahlreden im Rathaus.

## Deutschnational-kommunistische Brüder. — Ein Peitschenhieb für Ludendorff.

Deutschnationale und Kommunisten weisern in der Berliner Stadterordnetenversammlung miteinander in prophetischen Stimmungsmache für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Als Vorkampfbild dient ihnen die Forderung, daß die preussische Regierung auch für Berlin schleunigt Neuwahlen zur Stadterordnetenversammlung anordnen soll. Mit entsprechenden Anträgen kamen sie gestern in der Debatte über den Magistratsabbau, und sie konnten dann ihre Wahlreden gegen die Sozialdemokratie herlesen, die nach ihrer Darstellungsweise „abgewirtschaftet“ hätte. Daß Knäuel-Kunze in diesem Choe nicht fehle, versteht sich von selber. Der deutschnationale Bärer Koch schaute auch die Zentrumsparthei an, die das Verlangen nach Stadterordnetenwahlen für Berlin nicht unterläßt. Als der Zentrumsredner Lange in seiner Erwiderung auf den Münchener Hochverratsprozeß hinwies und Ludendorff als „Vaterlandsverräter“ brandmarkte, heulte die Rechte auf. Infolge ihres andauernden Lobens und ihrer drohenden Haltung gegen Lange mußte die Sitzung unterbrochen werden. Nachher wiederholten sie ihren Versuch, den Zentrumsredner niederzuschreien. Danach aber zog Genosse Reimann vom Leber und hieb auf die deutschnational-kommunistischen Brüder ein. Herr Koch bekam dabei so viel ab, daß er für eine Weile genug haben dürfte.

Die nächste ordentliche Sitzung nahm gemäß dem Beschluß des Ausschusses zunächst das von der D. Sp. in einem Antrag und einer Anfrage zur Diskussion gestellte Thema des

### Abbaues der Berliner Verwaltung.

und zwar sowohl unter den besoldeten Magistratsmitgliedern als auch unter den unbesoldeten Stadträten bei den Bezirksämtern in Beratung.

v. Egnern (D. Sp.) verlangte Klärung der Frage, ob ein Personen- oder ein Stellenabbau Platz greifen sollte, widersprach dann der angeführte Ansicht des Magistrats. Bei den unbesoldeten Stadträten abzuhauen, da doch Erspornisse füglich eher bei den besoldeten Stellen gemacht werden könnten, und hielt Ausschussberatung für geboten. — Der Oberbürgermeister stellte in Abrede, daß ein Abbau an unbesoldeten Stadtlätern in den Bezirksämtern seitens des Magistrats beabsichtigt sei. — Werten (Dem.) beantragte Ueberweisung an den am 25. Mitglieder zu verstärkenden Ausschuss, der die Wahl des zweiten Bürgermeisters vorbereitet.

Genosse Dr. Böhm stellte fest, daß nach der Meinung auch der Sozialdemokratie der Aufgabenkreis des zentralen Magistrats im Laufe der Jahre zusammengeschmolzen ist, so daß

die Möglichkeit, einen Teil abzubauen, gegeben erscheint; aber dann müsse die gesetzliche Grundlage für die Zusammenfassung des Magistrats geändert werden. — Dörr (Komm.) beantragte, daß der Magistrat bei der Regierung den Erlaß eines Gesetzes erwirke, wonach auch in Berlin die Wahl der neuen Stadterordnetenversammlung am 4. Mai stattfinden hat; bis dahin solle jede Abbaubehandlung unterbleiben. — Ein von den Deutschnationalen eingebrachter Dringlichkeitsantrag bezweckt ebenfalls die Vornahme der Erneuerungswahl der Versammlung am 4. Mai.

Koch (Dnat.): Die Versammlung spiegelt die Stimmung in der Bevölkerung nicht mehr wider. Die Sozialdemokratie wird bei den nächsten Wahlen in Berlin weggewegt werden. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) — Lange (3.) wehrte die Angriffe auf die Stellungnahme des Zentrums ab, entseßelte dann aber

durch die Bezeichnung Ludendorffs als „Vaterlandsverräter“

einen unmäßigen Proteststurm und tausend Lärm auf der Rechten, die drohend gegen Lange vorrückte, während einige unserer Genossen sich schützend vor die Rednertribüne stellten. Der Vortrager sah sich genötigt, die Sitzung zu vertagen. Sobald indessen Lange nach Wiedereröffnung der Sitzung das Wort zur Fortsetzung seiner

Rede erhielt, wiederholten sich die beiübenden Schlußrufe und Beschimpfungen unausgesetzt, so daß von dem, was er noch vorbringen wollte, absolut nichts zu verstehen war.

Gen. Reimann: Deshalb gerade die Rechte so sehr auf Neuwahlen drängt, verstehe ich nicht. Die Deutschnationalen können doch nur auf Kosten der Mittelparteien erstarken und müssen ihrerseits vielleicht 10 Mandate an die Deutschsozialisten abgeben. Auch die D. Sp. würde einen Teil der Mandate einbüßen. Bei der absolut negierenden Stellung der Herren von rechts und äußerst links würde die positive Arbeit immer wieder von den Mittelparteien verrichtet werden. Die verfrühte Neuwahl würde daher höchstens Unruhe in das Berliner kommunale Leben bringen, nichts weiter. — Herr Müller-Franken sprach von einem „erwerbenden“ Mittelstand. Auch wir haben den Mittelstand als eine Erwerbschicht betrachtet, deren Interessen aber nicht von ihm, sondern von uns vertreten werden (Zurufe). Den Wirtschaftsparteilern werden ihre Leute bei der nächsten Gelegenheit davonlaufen. — Herr Koch, der auch die Diäten gegen diese „abgewirtschaftete“ Versammlung auspielt, hat nicht erwähnt, daß der Tageslohn heute 1,41 M. ist;

Herr Koch besteht daneben kein Gehalt als Bärer und seine Diäten als Landtagsmitglied!

Ein solcher Grad von Unanständigkeit, wie er in diesem Himmel auf unsere Diäten liegt, ist denn doch noch nicht dagewesen. (Redner wird zur Ordnung gerufen.) Was Herr Koch davon sagte, daß die Versammlung sich lächerlich gemacht habe, könnte auch einem Papageier entströmen sein. Eine Partei, die nie eine Schlappe erfährt, wird nie reich sein. Es ist das Schicksal derjenigen Parteien, die sich in dieser schweren Zeit nicht negierend verhalten haben, sondern am Aufstieg des deutschen Vaterlandes und Volkes mitgearbeitet haben, auf Mißverständnis zu stehen. (Lachen rechts.) Eine Schwächung an Mandaten wird unsere Stichtroft als Partei nicht vermindern. (Beifall bei den Soz.)

v. Egnern wollte in der Ausführung Reimanns eine glatte Abfolge an das demokratische Prinzip erkennen. Herrn Koch führte er vor Augen, wie leicht es sich ausnehme, wenn Herr Koch erkläre, die jetzige Versammlung habe abgewirtschaftet, derselbe Herr Koch, der selbst sauer dazu beigetragen habe.

Der vordem deutschnational, jetzt deutschsozialistische Professor und Studienrat Dr. Danick sprach der jetzigen Versammlung jede Berechtigung zur Mitwirkung bei Personalabbau ab, plädierte für alsbaldige Neuwahl und brachte dann „Erzählung“ Ludendorff den Tribut seiner Berechnung dar. Nach zwei Stunden schloß die Debatte über den Abbau von Magistratsmitgliedern und Bezirksstadtlätern. Es folgte noch eine in die Form persönlicher Bemerkungen gekleidete Auseinandersetzung zwischen Genossen Reimann einerseits und den Herren v. Egnern und Dörr.

An der Abstimmung wurde zunächst im kommunistischen Erweiterungsantrage der zweite Satz, wonach bis zum 4. Mai keine Abbaubehandlung vorgenommen werden soll, gegen die Stimmen der Antragsteller gestrichen. Ueber den ersten Satz zur Verabschiedung eines Gesetzes, das auch für Berlin den 4. Mai als Kommunalwahltag vorschreibt, wurde namentlich abgestimmt; das Ergebnis war die Ablehnung mit 103 gegen 88 Stimmen. Der Antrag Werten gelangte zur Annahme.

Hierauf gelangte die Anfrage unserer Genossen betr. die Honorarforderung des Stadts. Hallensleben (vgl. gestriges Morgenblatt) zur Berlesung. Dr. Caspari (D. Sp.) nahm Anlaß, mitzutheilen, daß Hallensleben sein Anerbieten einer geringeren Honorarforderung nunmehr zurückgezogen und den Landgerichtspräsidenten um Festsetzung des Honorars ersucht habe. In diese Mitteilung knüpfte Dr. Caspari den Zusatz, daß er das Urteil über das Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion der Öffentlichkeit überlasse, und rief damit einen neuen „Auftritt“ hervor, indem

die ganze Fraktion in helle Empörung gegen Dr. Caspari ausbrach, der seine Auffassung dann noch speziell dem Genossen Reimann mit lebhafter Gestikulation klarzumachen suchte.

Eine ausgedehnte Erörterung fand hiernach auch der Ausschussbericht über die Magistratsvorlage betr. die Schulgeden an den städtischen Fach- und Fortbildungsschulen. Die

Aussprache verbreitete sich über das Schicksal der Berufsschulen überhaupt und über die anscheinend bestehende Absicht, einen Teil dieses Zweiges des öffentlichen Unterrichts der privaten Fürsorge zu übertragen. Genosse Kreuziger warnte dringend davor, kündigte außerdem die Wiederaufnahme des im Ausschusse abgelehnten Antrages wegen Staffierung des Schulgeldes nach sozialen Gesichtspunkten an. Es sprach dazu auch Stadtschulrat Paulsen; die Abstimmung wurde verschoben.

Die Nachträge zur Hundesteuer- und Motorbootsteuerordnung genehmigte die Versammlung, ebenso die Uebernahme des Arbeitsnachweises für das Buchdruckergewerbe durch das Landesarbeitsamt Berlin.

Die Vorlage wegen Gründung der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. überwies man auf Antrag des Genossen Pattloch einem Ausschuss.

Werten (Dem.) referierte über die Ausschussberatung der Vorlage wegen

### Beziehung der Stelle des 2. Bürgermeisters.

Es ist beschlossen worden, die Stelle wieder zu besetzen; die Ausschreibung ist mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Ueber den Verwaltungsabbau hat der Oberbürgermeister dem Ausschuss vertrauliche Mitteilungen gemacht. — Als Vertreter der Demokraten trat Werten dann für Ausschreibung ein; es dürfe auch einmal der Verdacht einer Vetternwirtschaft aufkommen. Das Beste müsse ausgeführt werden, einerlei, ob er Berliner oder von außerhalb sei. Der Antrag auf Ausschreibung war auch von den Sozialdemokraten und vom Zentrum unterschrieben, und auch Koch sprach sich namens der Kommunisten für Ausschreibung aus, indem er gleichzeitig gegen Böhs Stellung nahm, der eigentlich immer noch Kämmerer, aber nicht ein überragender Oberbürgermeister sei.

Kämmerer Dr. Karding meinte, es sei in dieser schweren wirtschaftlichen Zeit kein Unglück gewesen, wenn Berlin wirklich zwei Kämmerer gehabt hätte; es seien aber auch die sozialen Gesichtspunkte nicht vernachlässigt worden. — Lüdicke (Dnat.) wollte den Ausschuss zunächst nochmals mit der Ausschreibungsfrage beauftragt wissen. Dem widersprach Heimann, der in beredeten Worten den Antrag Werten zur Annahme empfahl.

Bei der Abstimmung gelangte der Antrag Werten-Dr. Solzgeber-Reimann mit großer Mehrheit zur Annahme.

Nach 9 Uhr Schluß der öffentlichen Sitzung.

### Weil die Freundin einen Pelz haben wollte.

#### Ein Strafenraub mit Chloroform in der Drochle.

Zun Strohenräuber ist ein junger Mann herabgefallen, dem nach seiner Herkunft in seiner Jugend ein besseres Schicksal bevorstand. Der jetzige Kaufmann Ferdinand Laaf hatte sich vor der 6. Strafkammer des Landgerichts II wegen Strafenraubes zu verantworten. Mit ihm waren noch drei Personen angeklagt, nämlich eine Verkäuferin Kaminsky, ein Kellner Heudrodt und eine Schneiderin J.

Laaf und die J., Heudrodt und die Kaminsky waren Liebespaar. Sie hatten alle kein Geld und wußten nicht, wie sie über den Tag hinwegkommen sollten. Die J. hatte trotzdem aber Verlangen nach einem Pelzmanne, und ihr Freund wollte ihren Wunsch erfüllen. Daher kam er auf den Gedanken, durch einen Raub seiner Freundin zu dem Pelz zu verhelfen. Laaf beschaffte sich ein flüssiges Chloroform, schlug vor, eine Frau zu verführen und ihr den Pelz zu stehlen, nachdem man sie betäubt hatte, auszuführen. Am 30. Oktober sollte die Tat ausgeführt werden. Da die J. krank war und auch wohl nicht lange in Berlin und für die Tat nicht „teufel“ genug erschien, mußte Maria Kaminsky einspringen. Der Angeklagte Laaf mußte dem Gericht seinen Werdegang schildern. Er ist der Sohn eines Arztes aus Aachen und hatte das Abiturium gemacht. Nach dem Krieg hatte er vier Semester in Bonn Philosophie studiert. Da die Eltern inzwischen gestorben waren, fehlten ihm die Mittel zur Fortsetzung des Studiums. Er ist dann in Essen bei der Schuhpolizei eingetreten und brachte es zum Oberwachmeister. Die Stellung verlor er, als er sich eines Betrages und einer Amtsanmaßung schuldig gemacht hatte, wofür er fünf Monate Gefängnis bekam. In Berlin war Laaf in einem Detektivbureau tätig, auch versuchte er sich als Vorführer in Kinos. Seine Freundin J. war als Mannequin tätig. Bald verloren beide ihre Stellung und, um leben zu können, wurde Stück für Stück veräußert und verkauft. Nun wollte die J. außerdem einen Besuch in ihrer Heimat Essen machen und dort elegant auf-

(Nachdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

## Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

44

Der Herr solle nur über das Großdorf machen. Von dort aus führe der Weg direkt in die Stadt, sagte die verheiratete Hausfrau und schob den ächzenden Schubarren weiter, auf dem eine hohe Ladung Fallholz lag.

Jürgen wußte den Weg; er hatte nur gefragt, um eine Menschenstimme zu hören. „Nur wer dem Tode entronnen ist, der, nur der weiß, was leben heißt. . . D, Anfang! D, Leben! D, Grashalm! D, Glück des Almens!“

So schritt er aus. „Komme, was will — ich lebe!“ Als der hohe Backsteinwürfel in Sicht kam, dachte er: Was sie sagen wird, daß ich mit dem Leben davongekommen bin? „Wunderst dich, wie ich aussehe, was? Der Anzug, das Loch im Knie!“ Und er erzählte:

Sie aber hatte die schwerste Stunde ihres Daseins erlitten und durchlitten und hatte ausgegeben und hinweggehen lassen, was nicht zu halten war.

„Kommt der Zug auf mich zugerast“, wiederholte er. „Es ist total finster. Zermalmt er mich?“ Gierig suchte er Liebe und Schreck in ihrem Gesicht.

Sie war in die Stunde innerlich so grau und alt geworden, daß sie geglaubt hatte, für den Geliebten nicht einmal mehr Betrachtung empfinden zu können. Und nun schlug sie verlegend gleichgültigen Gesichtes, doch verachtungsvoll zurück: „Wenn man sich eng gegen die Mauer preßt, was kann da passieren!“ Auch dies noch ist ja überflüssig. Deshalb sagte ich es. Deshalb rede ich noch, dachte sie. Und fühlte ihr wimmerndes Herz.

„Versteht du denn nicht. . .“

„Ich verstehe dich schon, ich verstehe dich.“ Entschlossen, auf sich zu nehmen, was unabänderlich war, sah sie ihn an, und ihr Blick fragte: „Was soll also jetzt geschehen? Was suchst du noch hier?“

„Wie ich nur zugerichtet bin!“ Er zeigte auf das Loch in der Hose. Und da sie schwieg und weiter fragte:

„Jetzt wird es Zeit, daß ich mir den andern Anzug hole. . . Wir können uns später in der Stadt treffen, dann in die Redaktion gehen und zusammen nach Hause.“

Und als er fort war, dachte sie doch darüber nach, ob es

keine Möglichkeit gebe, ihn zu halten, ihn zum Ausbarren zu bewegen. „Dadurch vielleicht, daß ich mit rücksichtsloser Klarheit ausspreche, was ist?“

Sie setzte sich an ihren Arbeitstisch, blühte blühtlos in das Zimmer, in dem, mächtig wie nie vorher, unvertreibbar die Vereinamung stand. „Aber er ist sich ja klar; er kann ja nicht idealisieren werden wie ein unklarer Mensch mit phantastisch idealistischen Vorstellungen und Zielen, dessen Idealismus zerpflegt, sobald er mit der harten Wirklichkeit zusammenschlägt. Jürgen kennt ja die Wirklichkeit, denn er hatte den Inhalt seines Idealismus in dem Kampfe um den Sozialismus gefunden.“

„Das Bad ist fertig. Die Wäsche habe ich auf den Stuhl gelegt. Die Schuhe stehen darunter“, sagte, glückselig, Böhnen zu Jürgen. „Unterdessen blühte ich den Anzug auf. Er ist noch sehr schön.“

„Immer wieder sagte er: Man wird alt. . . Und etwas erreichen will er. Etwas werden. Einfluß gewinnen und Macht. Er will geachtet sein. . . von denen, deren Achtung entwürdigend ist für den, der sie genießt. . . Genießt. Er will genießen, leben. . . Dies sind auch bei allen anderen die Motive des Abfalls, des Verrates an der Idee, ob die Verräter nun klar oder unklar, Sozialisten oder Phantasten waren. Jeder für sich“ wird, uneingestanden, ihre Weltanschauung.“

Auch als Jürgen, gebadet, in frischer Wäsche und in dem aufstehenden, schwarzen Anzug, die Treppe herunter auf das Wohnzimmer zuschritt, sah Katharina noch am Tisch, reglos. „Auch das alles weiß Jürgen selbst. Deshalb muß und kann nur er selbst entscheiden. . . Er hat entschieden.“

„Ja, ich erwarte Besuch. Elisabeth Wagner und ihre Freundin. Wenn ich gewußt hätte, daß du kommst, würde ich abgefragt haben.“

Er stand vor dem gedeckten Kaffeetisch. Ich kann ja gehen. . . Die Freundin wird wohl das schöne Mädchen sein, das in seiner Jugend. . . dachte er und fragte.

„Ja, sie ist sehr schön und mit dem Herrn Oberstaatsanwalt verlobt. . . Auch dein Schulfreund, Karl Venz. . . Ist er älter als du?“

„Zwei Jahre. Er war nämlich so blöd, daß er im Gymnasium zweimal sitzen bleiben mußte. Aber was ist mit ihm?“

„Schon Staatsanwalt geworden! Vor vierzehn Tagen. Denk an, so lustig!“

„Das sollte ja auch ich werden. Oberamtsrichter. Dem bin ich entronnen.“

„Deshalb glaubte ich, Karl Venz müsse ein besonders fähiger Schüler gewesen sein.“

„Das nicht; aber Angehöriger der vornehmsten Verbindung.“ Jetzt verschwinde ich, dachte er, als die Wohnungsglocke läutete. Und fragte: „Geht es dir besser?“ War ein Blick in den Spiegel, der einen Knapp, sorgfältig und schwarzgekleideten Herrn zeigte. „Die Wäsche, die von mir noch da ist, könntest du mir schon spendieren“, sagte er, schalkhaft lächelnd.

„Das Geld hätten wir schon aufgetrieben. Wenn ihm unser Leben zu ärmlich, zu leer war, wir hätten etwas besser wohnen, manchmal ausgehen, mehr Bücher kaufen, im ganzen etwas besser leben können. Der Ingenieur tut es ja auch. Bewiß ein guter Genosse! Eine Grenze nach unten, eine Grenze nach oben — in der Mitte genug Spielraum, nicht so erlebnisarm zu sein. Verkehr mit einigen sympathischen, klugen Menschen. Auch eine kleine Reise hin und wieder. Innere Erfrischung. Jeder braucht sie. All das würden keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gewesen sein. . . Aber das ist es ja nicht. Er hat den Kampf aufgegeben. Er paßt sich dem Leben an. . . Aber mir, mir, warum hat er mir das angetan. Warum hast du mir das angetan.“

Gesicht neigte sich langsam auf die verschränkten Arme. Der ganze Körper verjuckte im Weinen. Sie wimmerte immer den selben Ton. Die sich versinken, ganz und gar preisgegeben dem Schmerz.

Nach einer Weile tippete der Schnauz zu ihr, berührte sie mit der Pfote. Und da sie reglos blieb, legte er sich in die Zimmermitte, Kopf auf den vorgestreckten Pfoten. Drehte hin und wieder, ohne den Kopf zu heben, die Augen zu ihr hin. „Blödsinn kommt der Zug angerast. . . angerast. Zermalmt er mich? Wohin springe ich? Es war total finster.“ „Allmächtiger!“ rief die Tante. Und Elisabeth: „Ich wäre vor Schreck gestorben.“ Dabei lächelte sie und horchte gespannt; ihre grauen Augen schienen zu sehen, wie das Eisengetüm den Menschenkörper zermalmete. Unter der zarten Haut ihres Halses tickte der Herzschlag.

Jürgen unterdrückte die Genugtuung und sagte leichthin, auch er habe geglaubt, seine Haare seien weiß geworden.

„Und das erzählt er so, als ob er selbst gar nicht daran beteiligt gewesen wäre“, sagte Elisabeth, mit anerkennendem Wechselbild zwischen Jürgen und der Tante, die sich aufrechtete, einen geradelegenden Kaffeetisch geradelegte und glatt heraus sagte: „An allem ist nur dieses Mädchen schuld.“

(Fortsetzung folgt.)

treten. Daher wünschte sie sich einen Beizamantel. Der Angeklagte Loaf bemühte sich, alle Schuld auf sich zu nehmen. Landgerichtsdirktor Bockle hält ihm vor: „Das macht ja einen guten und schönen Eindruck, wenn Sie die anderen entlasten wollen, aber diese haben ja zum Teil schon alles eingestanden und es muß doch jeder für seine Handlungswiese selbst die Verantwortung auf sich nehmen.“ Der Angeklagte bricht in Weinen aus, so daß er nicht weiterreden kann. Aus der Verhandlung ergab sich, daß man in der Tausendlerstraße eine der dort nördlich promenierenden „Dämchen“, die einen sehr schönen Beiz trug, ansprach, sie mit in eine Drochke nahm, ihr dort ein Fläschchen Chloroform unter die Nase hielt und der Beizantel alsdann den Beizmantel auszog. Heraus kam die Geschichte dadurch, daß Loaf in der Drochke keine Legitimationskarte mit Lichtbild verloren hatte. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burzelt will den Angeklagten mit Rücksicht auf ihre Notlage mildernde Umstände bewilligen, um sie noch einmal vor dem Zuchthaus zu bewahren. Das Gericht trat diesem Antrage Rechnung. Loaf erhielt 3 Jahre 6 Monate, die Kaminsty 1 Jahr 6 Monate, Heudrobt 6 Monate Gefängnis; die Angeklagte Z. wurde freigesprochen, da ihr nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie gewußt habe, daß es sich um einen Raub handele und sie bei einem Diebstahl als Braut nicht verpflichtet war, Anzeige zu erstatten.

### Die grassierende Tollwut.

Seit dem 1. Januar d. J. sind folgende Tollwutfälle bei Hunden amtserärztlich und durch Untersuchung im Institut für Infektionskrankheiten „Robert Koch“ festgestellt worden: am 3. Januar ein Fall in Pantow, am 29. Januar ein herrenloser Hund erkrankt in der Kommsenstraße, am 30. Januar ein Fall in Spandau, am 16. Februar ein Fall im Hause Wilhelm-Stojs-Strasse 6, am 16. Februar ein herrenloser Hund erkrankt in Wannsee, am 28. Februar ein Fall in S. abende im Hause Brandenburgische Straße 24. Außerdem sind 14 Verdachtsfälle vorgekommen, bei denen das Ergebnis der Untersuchung in dem vorgenannten Institut noch aussteht. In der bezeichneten Zeit ist eine Person an Tollwut gestorben, 5 Personen sind von tollwütigen Hunden gebissen und 56 Fälle von Bißverletzungen sind allein im Januar in den städtischen Rettungswachen behandelt worden. Bei diesem Stande der Tollwut ist es nach wie vor Pflicht eines jeden Hundebesizers, die zum Schutze von Mensch und Tier erlassenen Maßnahmen streng zu beachten. Aus mangelnder Rücksicht auf das Tier darf nicht der Reich gefährdet werden. Wer aber von einem Hunde gebissen ist, suche möglichst den Eigentümer des Tieres festzustellen und verabräume nicht, sich der Schulpfung im Institut „Robert Koch“, Föhler Straße 2, zu unterziehen.

### Aus dem Kraftwagenpark der Schnupolizei.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Lichtenberg hatte sich ein Monteur Wilhelm Gut wegen Verleumdung des Schnupolizei-Oberleitnants Heinrich Kusenberg und des Diplom-Ingenieurs Walter Kruse zu verantworten. Gut war im Jahre 1922 Schnupolizei-Oberwachmeister und Chauffeur beim Schnupolizei-Kraftwagenpark in Adlershof, dem auch Kusenberg und Kruse zugeteilt waren. Als er seine Verleumdung nach Berlin erhielt, erklärte er sich das aus seiner Zugehörigkeit zum Berufsverein Polizeibeamtendenverband und zur Sozialdemokratischen Partei und sah darin ein Werk Kusenbergs und auch Kruses. Beide stellten er einzeln auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte, um ihnen Vorhaltungen zu machen, wobei er feinen Verdruß in sehr kräftigen Worten äußerte und auch Beschuldigungen anderer Art erhob. Dem Oberleitnant Kusenberg sagte er, Arbeiter und Beamte seien schon wegen kleiner Unregelmäßigkeiten entlassen worden, er aber habe aus Staatsmitteln sich Affentischen anfertigen lassen. Der Angeklagte Gut hielt das auch vor Gericht anrecht und sagte hinzu, daß Kusenberg einen an einer Gummischlebung beteiligten Oberwachmeister gewarnt und ihm geraten habe, zu verschwinden. Als Zeuge bestritt Oberleitnant Kusenberg alle Beschuldigungen unter seinem Eid. Die Verleumdung Guts sei nicht auf sein Betreiben erfolgt, sondern im Zusammenhang mit dem damaligen Abbau des Kraftwagenparks. Wegen der Gummischlebung seien zwei Beamte zu Gefängnis verurteilt worden, aber der erwähnte Oberwachmeister habe sich nicht daran beteiligt. Wenn Affentischen angefertigt worden seien, so sei das aus Anordnung der Dienststelle geschehen. Gegen Gut beantragte der Staatsanwalt, der die Erregung der Verleumdung, 30 M. Geldstrafe. Das Gericht ließ diesen mildernden Umstand gelten, erkannte aber sogar auf 100 M. Geldstrafe. In der Verhandlung wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß der Angeklagte ein Bayer ist. Verteidiger, Staatsanwalt und Richter stimmten darin überein, daß hieraus keine allzu kräftige Ausdrucksweise zu erklären sei.

### Unter Vorgesicht.

Szenen aus „Der deutsche Hinkemann“ von Ernst Toller wird am Sonntag, 9. März, vormittags 11 Uhr, Ernst Friedrich im Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 132, bei einer Sonderveranstaltung des Sportklubs „Turik 02“ zum Vortrag bringen. Um ähnliche Vorlesungen wie die in Dresden stattgefundenen zu verhindern, haben die Arbeiter-Athleten und Sportler den Saal zu übernehmen. Es liegt im eigenen Interesse eines gewissen Publikums, den Anordnungen der Bogen und Ringkämpfer unverzüglich Folge zu leisten. Karten 1 M. (referenziert Platz 50 Pf. Zuschlag) in folgenden Vorverkaufsstellen: Arbeiter-Kunst, Paradißstr. 29, Bote u. Post, Leipziger Straße 87 und Tausendlerstr. 7, Zigarettenhändler Horch, Engelauer 15 (Gowerkholzhof), Landsgemeindehaus, Sophienstr. 23, Volksbibliothekhandlung, Töpferstr. 68, Bertholms Theaterkassen u. a.

Neun Selbstmorde bzw. Selbstmordversuche in 24 Stunden sind am gestrigen Tage aus den verschiedensten Gebieten Groß-Berlins gemeldet worden.

Einbruch bei der österreichischen Gesandtschaft. Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist in die österreichische Gesandtschaft ein Einbruch verübt worden. Die Diebe benutzten die Mittagszeit, um in dem leeren Vorraum des Postamtes die dort befindliche Kasse für die Fragebogen der Wismutbewerber zu erschleichen und sich den Inhalt von mehreren hundert Mark anzueignen. Der Einbruch wurde noch rechtzeitig bemerkt und die Täter von dem Personal der Gesandtschaft festgenommen und der Polizei übergeben.

„Goldschmieds Töchterlein“, ein an und für sich sehr wirk- und gedankenreiches dreifaches Volksstück, wurde im Rose-Theater heraufgeführt. Paul Rotes Regie schuf prächtige Bühnenbilder, so im ersten Akt die künstlich in Szene gesetzte Huldigung für den jungen Russier, im zweiten Akt das elegant ausgestattete Zimmer der mondänen Frau und zum Schluß der traurigen Garten, der das Glück dreier verliebter Paare sieht. Emma Baillouf studierte hübsche Tänze ein und Otto Redding's Dekorationen waren geschmackvoll und von vorzüglichem Farbenschema. Die Darsteller schufen alleamt kein beobachtete, gute Typen für ein Volksstück. Hans Rose war als Solo Schätmeier in seinem Fahrwasser, und der talentvolle Komiker wurde auf offener Szene mit Beifall überhäuft. Ebenso waren die weiblichen Hauptrollen bei der anmutigen Traute Kummer, der resoluten Pats v. S. r o m und der feinen Trude Polzin gut aufgehoben, während Gustav Hoff Henckels als Goldschmied und Willi Rose als Fritz Gerich nicht vergeblich um Anerkennung bemüht waren. Der Regisseur hat sich mit dem Publikum als adlige Trottel. Die Zuschauer waren begeistert, und es kam nahezu der Ton einer Familienfeier auf.

Kabarettvorführungen mit volkstümlicher Einführung vermittelt jeden Dienstag und Freitag abends 7 1/2 Uhr das Abendamt Friedrichshagen in der Schulanst. Ederstr. 16. Erwählene entrichten 20, Kinder 20 Pf. für die Spielung bedürftiger Kinder.

Die Argentinienauswanderer. Der mit starkem Beifall am letzten Sonntag aufgenommene Film und Vortrag Argentinien als Auswanderungsland wird in die des lebhaften Zuspruchs am kommenden Sonntag, den 9. März, vormittags 11 1/2 Uhr (Kommerzialtheater im Café Vaterland) und nachmittags 3 Uhr (Malertheater am Weinbergweg) wiederholt.

Das deutsche Volklied behandelt Sonnabend 8 Uhr abends Dorobeenstraße 12 Dr. Ulrich unter Mitwirkung des Chors der Humboldt-Hochschule.

Bezirksbildungsansatz Groß-Berlin. Die Reibemasse der heute beginnenden Prüfungsvorbereitungen muß an technischen Geräten geändert werden. Als erster Vorbereitender wird angeordnet „Tiere im Film“ und als zweiter folgt am Freitag, den 14. März, „Was und die Wolke erzählt“. Karten sind noch zu haben im Vorraum des Theaters beim Genossen Bruno Lohse.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Der neue Bezirksstag.

Der vom Bezirksvorstand am 5. März beschlossene Bezirksstag findet **Sonnabend, den 8. März, abends 7 Uhr,** im P'entatungsaal des Reichstages statt. Als Legitimation für die Delegierten und die übrigen zur Teilnahme berechtigten Genossen gelten die Mandate vom 2. März. Die Mandate sind den Abteilungsleitenden überreicht und werden von diesen den Delegierten zugestellt.

### Der Bezirksvorstand.

1. Kreis Tiergarten. Die erweiterte Arbeiterkassen- und Geschäftsleitungs-Kommission findet nicht bei Arbeiter, sondern bei Damsch. Dorob., die Arbeiterkassen, statt.
2. Kreis Friedrichshagen. Aufhängerarbeiten und Einzelarbeiten zum 3. Februar (18. März) nachmittags 4 Uhr, in der Arbeiterkassen, Reichstraße 28, beim Genossen Günther, Friedrichstr. 13-14, 2. Aufh. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

### Heute, Freitag, den 7. März:

18. und 20. Mt. Konsumvereinsmitglieder der W. Verkaufsstelle, Bornemannstr. 10: Die für heute anberaumte Besprechung findet umhändelbar erst am Dienstag, den 8. März, 7 Uhr, im Restaurant „Zur Hand“ statt.
19. Mt. 7 Uhr Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128.
20. Mt. 7 Uhr bei Groß, Sedanstr. 17, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.

### Morgen, Sonnabend, den 8. März:

21. Mt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksleiter, Bezirksvereinsmitglieder und Genossen Funktionär bei Coeser, Gethenstraße 3. Einige Bezirksleiter haben noch nicht die Listen der KWV-Konsumvereinsmitglieder abgeholt.
22. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
23. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
24. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
25. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
26. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
27. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
28. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
29. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
30. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
31. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
32. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
33. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
34. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
35. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
36. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
37. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
38. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
39. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
40. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
41. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
42. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
43. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
44. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
45. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
46. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
47. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
48. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
49. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
50. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
51. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
52. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
53. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
54. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
55. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
56. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
57. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
58. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
59. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen bei Hofmann, Garmen-Straße 128, Funktionärstreffen mit wichtiger Tagesordnung.
60. Mt. 8 Uhr bei Hofmann, Garmen-S

# Wirtschaft

## Die Reichsfinanzen gegen Ende Februar.

Aus der Uebersicht über die Geldbewegung der Reichshauptkasse in der Zeit vom 21. bis 29. Februar d. J. geht hervor, daß den Einzahlungen von 140,35 Trillionen Mark (140,35 Millionen Goldmark) Auszahlungen in Höhe von 188,047 Trillionen Papiermark (188,047 Millionen Goldmark) gegenüberstanden. Daraus ergibt sich ein Zuschußbedarf von 47,7 Trillionen Mark. Für die Zeit seit der Rentenmarkausgabe, also seit dem 16. November v. J., beläuft sich somit der Zuschußbedarf des Reiches auf 767,5 Trillionen Mark.

Gegenüber dem Monat Januar, wo die Ausgaben des Reiches bis auf 1,96 Millionen Goldmark durch Einnahmen gedeckt waren, sind die Ergebnisse des Februar ganz wesentlich ungünstiger. Zu einem erheblichen Teil liegt das daran, daß das Reich im Januar noch für 159,45 Millionen Goldmark sich Einnahmen aus Rentenmarktauschwechseln verschaffen konnte. Diese Einnahmequelle begann im Februar zu versiegen. In den beiden ersten Dekaden des Februar konnten noch für rund 49 Millionen Goldmark Rentenmarktauschwechsel untergebracht werden. In der letzten Februarwoche hingegen sind für 16,28 Trillionen Mark derartiger Tauschwechsel mehr zur Einlösung vorgelegt worden als zur Ausgabe gelangten. Um diesen Betrag erhöht sich der Zuschußbedarf bzw. vermindert sich der Betriebsmittelfonds.

Anstatt nun aus diesen Ergebnissen die Folgerung zu ziehen, daß auf schnellste Weise von den wirklich Zahlungsfähigen neue Steuereingänge herangeholt werden müssen, beschönigt der amtliche Bericht dieses Defizit.

So heißt es im Bericht u. a.:

Daß die Auszahlungen in der Berichtsdekade die Summe von 188 Millionen Goldmark erreicht haben, beruht darauf, daß in der Zeit nach dem 20. Februar in besonders starkem Maße Steueranteile an die Länder und Gemeinden ausgeschüttet werden mußten und ein großer Teil des Besoldungsbedarfs für die beiden ersten Monatsdrittel des März bereits in den letzten Tagen des Februar gezahlt worden ist.

Für den Monat Februar 1924 ergibt sich bei 25 Zahltagen folgendes Bild — die eingeklammerten Zahlen bedeuten die entsprechenden Januarergebnisse — 26 Zahltage —:

Einzahlungen (nach Abzug der von den Finanzämtern geleisteten Zahlungen) . . . . .	840,1 (440,8) Trillionen M.
Auszahlungen (ohne die durch die Finanzämter unmittelbar geleisteten Zahlungen) . . . . .	478,6 (442,7) " "
Tägliche Einzahlungen . . . . .	13,6 (16,9) " "
Tägliche Auszahlungen . . . . .	19,1 (17,0) " "
Gesamtaufschuß für Februar . . . . .	188,5 ( 1,9) " "

Bei Bewertung dieses Ergebnisses muß — so heißt es in den amtlichen Erläuterungen weiter — berücksichtigt werden, daß das Aufkommen aus der Vermögens- und Obligationssteuer, aus denen im Februar 135 Millionen Goldmark erwartet wurden, infolge Verschiebung der Zahltermine erst im März in Erscheinung treten wird. Das Aufkommen aus den sogenannten Ueberweisungssteuern, d. h. aus denjenigen Steuern, an denen die Länder und Gemeinden teilnehmen, halte sich bei der endgültigen Abrechnung für Januar als wesentlich höher herausgestellt, als bei der vorläufigen Verteilung im Januar angenommen worden war. Dies hatte zur Folge, daß im Februar noch nachträglich in erheblichem Umfang Steuerzuweisungen an die Länder und Gemeinden vorgenommen werden mußten, die eigentlich dem Monat Januar hätten zur Last fallen müssen. Berücksichtigt man diese beiden Umstände Verschiebung von Februarerträgen in den März und Belastung des Februar mit nachträglichen Januarausgaben, so kann das Februarergebnis im ganzen als nicht ungünstig bezeichnet werden, wobei insbesondere noch in Betracht zu ziehen ist, daß auch im Februar, ebenso wie im Januar, wiederum

### Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose . . . . .	16,00—17,25	Röstgetreide, lose . . . . .	16,00—17,00
Gerstengraupen, lose . . . . .	16,00—17,00	Kakao fettarm . . . . .	100,00—112,00
Haferlocken, lose . . . . .	15,25—16,00	Kakao, leicht entölt . . . . .	13,00—155,00
Hafergrütze, lose . . . . .	15,75—16,25	Tea, Souchon, gepackt . . . . .	342,00—350,00
Ro'gemehel 0/1 . . . . .	12,75—14,00	Tea, indischer, gepackt . . . . .	425,00—435,00
Weizenmehl . . . . .	18,00—18,80	Inlandszucker basis met. . . . .	40,00—42,00
Hartweizen . . . . .	22,00—25,50	Inlandszucker Raffinade . . . . .	42,50—44,00
7/8 Weizenmehl . . . . .	14,75—16,00	Zucker Würfel . . . . .	40,00—48,00
Weizen-Ansatzmehl . . . . .	17,00—1,00	Kunsthonig . . . . .	40,00—45,00
Speiseerbsen, Victoria . . . . .	19,25—22,00	Zuchersirup hell in Eim . . . . .	40,00
Speiseerbsen, kleine . . . . .	14,00—17,00	Speiseerup dunkl. in Eim . . . . .	33,00—35,00
Bohnen, weiße, Perl . . . . .	20,25—24,00	Marmelade Einfr. Erbb . . . . .	100,00—130,00
Langbohnen, handverles . . . . .	3,00—31,00	Marmelade Vierfrucht . . . . .	3,00—35,00
Linse, kleine . . . . .	24,00—35,00	Pflaumenmus in Eimern . . . . .	46,00—50,00
Linse, mittel . . . . .	26,50—42,00	Pflaumen, lose . . . . .	3,75—4,00
Linse, große . . . . .	43,00—49,50	Siedesalz, lose . . . . .	4,50—5,20
Kartoffelmehl . . . . .	16,00—18,00	Bratenschmalz in Tierces . . . . .	68,00
Makaroni . . . . .	40,00—45,00	Bratenschmalz in Kübeln . . . . .	70,00
Schmittmehl, lose . . . . .	27,00—38,5	Purelard in Tierces . . . . .	67,00
Bruchreis . . . . .	15,50—17,50	Purelard in Kisten . . . . .	68,00—69,00
Pangoon Reis . . . . .	17,00—19,50	Speisestalg in Packung . . . . .	48,00—52,00
Tafelreis, glasiert, Patna . . . . .	27,00—31,00	Speisestalg in Kübeln . . . . .	47,00—49,00
Tafelreis, Java . . . . .	31,00—36,00	Margarine, Handelsm. I . . . . .	50,00
Risnapfel, amerik. . . . .	110,00—120,00	degl. II . . . . .	48,00—52,00
Getr. Pflaumen 90/100 . . . . .	43,00—48,00	Margarine, Spezialm. I . . . . .	70,00
Pflaumen, entsteint . . . . .	52,00—55,00	degl. II . . . . .	60,00—65,00
Rosinen in Kisten, Candia . . . . .	75,00—80,00	Molkereibutter I. Fässern . . . . .	212,00
Sultaninen Caraburnu . . . . .	85,00—90,00	Molkereibutter in Pack . . . . .	220,00
Korinthen, choice . . . . .	80,00—85,00	Landbutter in Fässern . . . . .	185,00
Mandeln, süße Bari . . . . .	145,00—160,00	Landbutter in Packungen . . . . .	190,00
Mandeln, bittere Bari . . . . .	120,00—130,00	Auslandbutter . . . . .	212,00—220,00
Zimmt (Casala) . . . . .	110,00—120,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K . . . . .	35,00—38,00
Kümmel, holländischer . . . . .	135,00—160,00	Speck, gesalzen, fett . . . . .	60,00—65,00
Schwarzer Pfeffer singap. . . . .	95,00—105,00	Quadratölse . . . . .	40,00—50,00
Weißer Pfeffer . . . . .	130,00—140,00	Quadratölse . . . . .	35,00—50,00
Rohkaffee Brasil . . . . .	180,00—215,00	Tilster Käse, vollfett . . . . .	115,00—125,00
Rohkaffee Zentralamerika . . . . .	240,00—300,00	Tilster Käse, halbfett . . . . .	30,00—40,00
Röstkaffee Brasil . . . . .	225,00—270,00	Ausl. ungezuck. Condensmilch 4 1/2 % . . . . .	23,00—25,00
Röstkaffee Zentralam. . . . .	315,00—400,00	Indische desgl. 4 1/2 % . . . . .	18,00—19,00
Malzkaffee, gepackt . . . . .	23,00—25,00	Ind. gez. Condensm. 4 1/2 % . . . . .	28,50—29,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

erhebliche Aufwendungen für den Rückkauf von Goldanleihe gemacht wurden.

Für die einzelnen Dekaden des Februar ergaben Reichseinnahmen und Reichsausgaben folgendes Bild:

Gesamteinnahmen Gesamttausgaben Zuschußbedarf in Millionen Goldmark			
1.—10. Februar	79,58	118,49	38,91
11.—20. "	120,00	177,00	57,00
21.—29. "	140,85	188,65	47,80

Ob die Hoffnung auf den ausreichenden Eingang der verlagten Einnahmen im März begründet ist, läßt sich zurzeit natürlich nicht übersehen. Jedenfalls ergibt der vorliegende Ausweis die Lehre, daß man in einer so kritischen Zeit alles daran setzen müßte, Einnahmen so schnell als nur möglich kassiert zu machen anstatt sie zu verlagern. Warum man nicht entsprechend den sozialdemokratischen Vorschlägen die aus der dritten Steuerreformverordnung zu erwartenden Einnahmen sofort auf die tragfähigsten Schultern gelegt hat, warum man auch in den früheren Steuerbilanzen ein in der jetzigen Zeit unverständliches Entgegenkommen gegenüber den beteiligten Kreisen an den Tag gelegt hat, darüber wird im Wahlkampf noch manches Wort zu reden sein. Hier ist jedenfalls festzustellen, daß ungünstige zahlenmäßige Ergebnisse durch beschönigende Worte nicht geändert werden.

### Die Verhandlungen mit Deutschösterreich.

Der in Berlin weilende österreichische Handelsminister Dr. Schürff und die Präsidenten der österreichischen Handelskammern folgten am Donnerstagabend einer Einladung des Reichswirtschaftsministers Hamm. Die Leiter der Verhandlungen der österreichischen Handelskammern fanden sich gleichzeitig zu einer Besprechung beim Direktor an der Berliner Handelskammer, Herrn Scholz, zusammen. Die Oesterreicher sind um 9 Uhr abends heimgefahren.

Wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten in den Devisengeschäften der auswärtigen Filiale einer Berliner Aktienbank hat die Reichsbank den Kreditverkehr mit der Bank abbrechen müssen und angeordnet, daß die Filiale der Bank Devisengeschäfte nur unter Kontrolle der Reichsbank abschließen oder vermitteln darf.

Der Kreditverkehr, der durch die Inflation vollkommen zerstört wurde, beginnt sich wieder zu beleben. Nicht nur private Firmen liefern wieder mit längeren Zahlungszielen, auch die Preussische Staatsforstverwaltung hat sich wieder bereit erklärt, drei Viertel des Holzkaufgeldes gegen diskontfähige Wechsel bis zu 10 Wochen zu stunden.

Das Mitteldeutsche Braunkohlen Syndikat, das wie alle Kohlen-Syndikate Organ der gemeinwirtschaftlichen Kontrolle des Bergbaues ist, ist in seinem Bestand dadurch gefährdet, daß die zu diesen Verbänden gehörigen Kalimere Werkereien den Syndikatsvertrag gekündigt haben. Das Kalimere verlangt eine höhere Beteiligungsziffer, als das Syndikat sie zugestehen will.

# Avramikos-Virginia-Zigaretten



sind seit Jahren anerkannt als **Qualität**

Man achte auf Packung und Namenszug!

# Herren kauft Eure Garderobe billig ein nur in der Fabrik von Fersenheim

Erläuterung für Jedermann! Teilzahlung bei späterer Abholung gestattet!	Elegante Hose	9 <sup>75</sup>	Herren-Paletot	45 <sup>00</sup>	Stoffreste noch passend für Herren-Anzüge <b>Paletots und Ulster</b> ganz besonders billig!
	Eleg. Jacketanzug	36 <sup>00</sup>	Herren-Ulster	45 <sup>00</sup>	
Jeder Gegenstand Ersatz für Maß					
<b>Chausseestr. 106 „Fabrikgebäude“</b>					

**Die Krankenkasse aller Angestellten**  
in Handel, Industrie und Gewerbe, in Banken, bei Behörden und in Wäros ist die  
**Barmer Ersatzkasse**  
Hauptgeschäftsstelle in Barmen.  
Mehr als 300 Verwaltungsstellen i. Deutschland  
Hervorragende Familienversicherung!

Wenn jeder Gesunde wüßte,  
Was jeder Kranke weiß,  
Kein Mensch würde ohne eine  
Versicherung gegen Krankheit sein!

Der Kranke weiß: Die Kosten einer ernsthaften Erkrankung sind heute für den einzelnen untragbar. Sich zu Versicherungsverbänden, auch gegen Krankheit, zusammenschließen, ist wohlverstandene Selbsthilfe auch der Gutsituerten. In gesunden Tagen muß man sich versichern, um bei Erkrankungen versichert zu sein.

**Die Krankenkasse des Mittelstandes**  
der Gewerbetreibenden, selbständigen Kaufleute und freien Berufe, der Beamten u. Lehrer ist die  
**Barmenia**  
Versicherungsbank für Mittelstand und Beamte  
W. a. D. zu Barmen  
Verwaltungsstellen i. ganz Deutschland  
Hervorragende Familienversicherung!



# Der Mitschuldige spielt den Ankläger.

## Helfferich spricht im Reichstag. — Stresemann antwortet. — Wer hat den Krieg verlängert?

Der Reichstag setzte gestern die erste Besung des Notstands fort. Abg. v. Kaumer (Lp.): Der Ruhrkampf hat uns erst wieder die Achtung der anderen Völker verschafft. Er war nicht ganz umsonst. Würden wir heute noch die Pfalz haben ohne den Ruhrkampf? Der Wendepunkt der Außenpolitik ist herbeigeführt worden eben durch den Ruhrkampf. Essen an der Ruhr war das Moskau des französischen Front. Ein leitender Staatsmann muß zur Außenpolitik auch optimistisch eingestellt sein. Aber auf die Vernunft Frankreichs können wir nicht vertrauen. Frankreich wird nur weichen der Macht der Tatsachen, der Logik der Wirtschaftslage. (Zustimmung rechts.) Deutschland kann keinen Produktionsapparat nicht restlos in den Dienst der Reparationen stellen, weil das Ausland gar nicht die Waren aufnehmen kann, die damit hergestellt werden.

Ein Monopol ist eine rein bankmäßige Maßnahme. Aber eine politische Finanzkontrolle ist für uns ganz unannehmbar. Der Schwebenstand beim Beamtenabbau und der Beamtenbesoldung muß möglichst bald beendet werden. Die Vorauszahlungen der zweiten Steuernverordnung sind in vielen Fällen eine Zwangsangeleihe. Von der Auswertung haben die wirklich Bedürftigen gar nichts, denn sie haben ihre Hypotheken längst verkauft. Bei der Ausführung der Goldbilanzverordnung muß das Hinausdrängen der kleinen Aktionäre unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb beantragen wir, daß der Mindestbetrag der Aktien auf 20 Mk festgelegt wird. Die Senkung dieser Debatte ist der sozialdemokratische Antrag, der bis zu 20 Proz. aufwerten will.

Außerdem verlangen Sie den 1. Juli 1922 als Stichtag. Sie (zu den Soz.) haben den Wiederbeschaffungspreis abgelehnt, haben durch den von Ihnen geschaffenen Begriff des Wuchers den gesamten gewerblichen Mittelstand ruiniert. (Lebh. Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Diesen ganzen Schwindel der Wuchererhebung geben Sie selbst also jetzt auf. Wir beantragen deshalb, daß dieser ganze Schwindel auch aufgehoben wird. Wie wollen Sie die Beamten abbauen, wenn diese jetzt sämtliche Geldentwertungsorgane der letzten fünf Jahre noch einmal wiederlösen müssen. (Zuruf b. d. Soz.: Die Verordnung ist unantastbar!) Ich schlage vor, daß jeder, der auf Grund der Wuchererhebung seine Ware mit Verlust verkaufen mußte, jetzt vom Käufer Nachzahlung verlangen kann. (Heiterkeit.) Die Landwirtschaft ist viel zu schwer belastet.

Beim Arbeitsprozeß müssen wir wieder zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zurückkehren. Ich möchte den Arbeitsminister bitten, dafür zu sorgen, daß hier alle Politik ausgeübt wird. Wenn von einer Seite Klassenkampf getrieben wird, kann man sich über Gegenmaßnahmen von der anderen Seite nicht wundern. Der Sozialismus, der nach der Revolution die Herrschaft antrat, will die allgemeine Gleichmaderel. Aber die Herrschaft gebührt doch nur dem Lächelnden. (Zuruf links: Eigenlob tünkt!) Wir lehnen den Klassenkampf ab, wir lehnen auch jeden konfessionellen Kampf ab, wir wollen weiter arbeiten unter Zusammenfassung aller Kräfte. (Beifall.)

### Abg. Dr. Helfferich (Dnat.):

Wir stehen am Vorabend neuer Entscheidungen über die ganze Zukunft unseres Volkes. Die Wolke, die uns droht, ist die Gefahr eines neuen und schlimmeren Versailles. Auf die Abwehr dieser Gefahr muß das ganze deutsche Volk sich einstellen. Das erste Erfordernis für den Erfolg dieser Abwehr ist, daß alle, denen das Wort Vaterland mehr ist als leeres Schall, denen das deutsche Vaterland im Herzen lebt, sich zur Verteidigung der deutschen Unabhängigkeit und Einheit zusammenstellen, mögen die Temperamente noch so verschieden sein und die Erwägungen über das Zweckmäßige noch so weit auseinandergehen, und mögen in der einen und anderen Beziehung die Anschauungen und Ziele noch so weit voneinander abweichen. Die Gefahr ist groß und alles in allem, das große Wort von der Volksgemeinschaft über alle Gegensätze hinaus, die wir hier sonst auszutragen haben, hat sich in seiner Bedeutung noch vergrößert. (Lebh. Zustimmung rechts.) Ich komme nun auf

### die Vorgänge im Münchener Prozeß.

Es ist nicht unsere Sitte uns in ein schwebendes Verfahren einzumischen, namentlich solange die Vertreter der Anklage überhaupt noch nicht zum Worte gekommen sind. Da wir aber von anderer Seite provoziert sind, so veranlaßt uns das, darauf hinzuweisen, daß in solchen Dingen auch schließlich das Motiv der Rechtfertigung werden muß, das beruht auf Vaterlandsliebe und brennender Eifer über die untern Vaterlandsangelegenheiten. (Großer Beifall links. Abg. Ledebour ruft: Sie sind der schlimmste Kriegsverbrecher!) Der selbst hochverrat begangene hat, wie die Herren von links, der hat nicht das Recht, über Hochverrat zu sprechen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Herr Kaas erwidere ich: Wir würden es bedauern, wenn Sie aus den Münchener Verhandlungen eine Probelehre oder Veranschaulichung konfessioneller Kämpfe entnehmen wollten. Die Zeit des dreißigjährigen Krieges, mit der die heftige Zeit ähnlicher genuiner Analogien aufweist, ist eine furchtbare Warnung. Redner verliest einen Artikel aus der deutschnationalen Korrespondenz, in dem gesagt wird, daß die Ausführungen Ludendorffs über den Paß falsch verstanden worden seien, sollte das nicht der Fall sein, so könne die Deutschnationalen Partei allerdings keinen Zweifel darüber lassen, daß sie sich in diesem Punkte grundsätzlich von dem General Ludendorff unterscheidet. (Abg. Hergt (Dnat.): Hört, hört!) Damit ist dem konfessionellen Frieden besser gedient als mit der Rede des Kollegen Kaas. Besonders bedauere ich es, daß Kaas behauptet hat, die Friedensbestrebungen des Papstes während des Krieges seien auch aus konfessionellen Gründen abgelehnt. (Abg. Lehmann (A.): Wegen Ludendorffs!) Wenn das immer noch behauptet wird, so werden wir einen Antrag einbringen, den wir schon vorbereitet haben, daß sämtliche stenographischen Berichte des Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden. Der Außenminister sagte, wenn das Urteil der Sachverständigenausschüsse vorliege, so werde sich entscheiden, ob Frankreich Reparationen oder Eroberungen wolle. Nein, was Frankreich will, ist seit hundert und tausend Jahren immer dasselbe, Frankreich will den Rhein und die Festung Westdeutschlands. Nicht was Frankreich will, steht zur Entscheidung, sondern nur, ob und wie Frankreich verhindern werden kann, seinen Willen durchzuführen. Frankreichs Anklagen auf die deutsche Einheit werden wir nicht mit Güte abklagen, sondern nur im Kampf, wobei man noch nicht an den Paß mit Waffen zu denken braucht. Frankreich greift uns wirtschaftlich und finanziell aufs schwerste an, wir müssen diesen Stoß auffangen und die Front halten und nach Möglichkeit den Gegenstoß ausüben. Unkure finanzielle Lage war im Herbst nicht nur erschwert, sondern verschärft und jetzt. Wir waren im November so weit, daß die Einnahmen des Reichs ein Teufelskreis seiner Ausgaben deckten. Drei Monate nach dem Beginn der Regierung Stresemann kam der Wert der Mark auf ein Minimum herab. Der Franzose war nahe an dem Ziel, aus dem Trümmern Deutschlands sich alles anzueignen, was ihm irgendwie begehrenswert erschien. Im allerletzten Augenblick gelang es noch einmal, das Verhängnis abzuwenden unter folgenden Bedingungen: erstens Schaffung eines neuen Zahlungsmittels, zweitens Entlastung der Reichsbank und drittens Bereitstellung von

Übergangskrediten für das Reich. Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf der rein negativen Opposition und unterstreicht, daß die Initiative zur rettenden Tat von den Deutschnationalen ausging. (Widerspruch links.) Die Stabilisierung der Währung hat mit brutalen Sparmassnahmen verbunden werden müssen, wie sie besonders hart unser Bauerntum betroffen haben, wie sie in solcher Härte auf dem ganzen Erdboden kein Volk auszuweisen hat. Es ist gelungen, im Laufe weniger Wochen auf diesem Wege in unsere Finanzwirtschaft ein annäherndes Gleichgewicht zu bringen, dafür legt der Budgetvoranschlag des Sachverständigenkomitees Zeugnis ab. Aber dieses Budget ist ein Hunger- und Kummerbudget.

womit ein großes Volk wie das deutsche auf irgendeine Dauer überhaupt nicht existieren kann. Es rechnet im ordentlichen und außerordentlichen Budget mit 5 1/2 Milliarden Goldmark und mit einem Ueberschuß von rund 300 Millionen. Dieser Ueberschuß aber wird ausgezehrt und mehr als ausgezehrt durch die Beträge, welche der Reichsfinanzminister mit 640 Millionen Goldmark für die Ausführung des Friedensvertrages eingesetzt hat, und schon die Besatzungskosten werden den Anschlag fast vollständig ganz erheblich übersteigen. Der Reichsfinanzminister hat für 1913 die Steuerbelastung mit 10,9 Proz. und für 1924 mit 27,7 Proz. des Einkommens berechnet. Diese Zahlen sind viel zu niedrig. Ich rechne für 1913 die Belastung für öffentliche Zwecke mit 18 Proz. und für 1924 mit mindestens 40 Proz. heraus. (Hört, hört! rechts.) Denn das heutige Goldmark-Einkommen Deutschlands ist auf höchstens 18 Milliarden Goldmark zu veranschlagen. Die Belastung der großen Masse bleibt natürlich hinter 40 Proz. zurück trotz der schweren Verbrauchssteuern usw.; dafür ist der Besitz, insbesondere die Landwirtschaft, in der Belastung weit über 40 Proz. bis 100 Proz. und auch noch darüber hinausgewachsen. (Lebh. Zustimmung rechts, Widerspruch links.)

### Das steuerfreie Durchschnittseinkommen

in Deutschland betrug im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 540 M. und heute nur 160 M. (Hört, hört!) Die Höhe des Volkseinkommens ist der einzige Maßstab zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit Deutschlands in Bezug auf Reparationen. Organmächtigkeit und nach auf längere Zeit hinaus ist diese Leistungsfähigkeit Deutschlands für Reparationen gleich Null. (Sehr wahr!) Wir werden die größten Schwierigkeiten haben, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse zu decken, und unser Volk in der nächsten Zeit über den Hunger hinwegzubringen. (Sehr wahr! rechts.) Ebenso unmöglich ist die Zahlung der ungeheuren Besatzungskosten, die von uns gefordert und erpreßt werden. Redner verliest Stellen aus einem Briefe, den seine Frau von einer Freundin aus dem besetzten Gebiet erhalten hat. Darin heißt es, daß fortwährend französische Offiziere zur Befestigung kämen, noch immer bei Besatzungen lägen fast das ganze Haus abgenommen worden sei. Die Wohnungsinhaber mühten ruhig sein gegenüber allen Schikanen, um nicht die schlimmsten Wohnregelungen auf sich zu ziehen. An Kücheneinrichtung würde ungeheuerlich viel beansprucht, so daß auf einen Offizier allein 24 hohe Teller kämen. (Hört, hört!) Wie ist es möglich, so heißt es in dem Brief, daß der Staat das alles bezahlt hat?

Da sehen wir also, in wie schamloser Weise das Geld verpulvert wird, das das deutsche Volk mit seinem Schweiß und Blut erworben hat.

(Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten, auch bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde sind stets bereit, dem besetzten Gebiet mit allen Mitteln zu helfen, aber wir dürfen uns nicht jeder Bedrückung fügen, dieser Grundsatz darf hier nicht proklamiert werden. In dankenswerter Weise hat der Finanzminister unsere Beiträge über detaillierte Angaben hinsichtlich der Besatzungskosten beantwortet. Es würde sich empfehlen, diese Antwort zu veröffentlichen und darüber hinaus dem Reichstag dasjenige Material vorzulegen, was bis jetzt nur der Reparationskommission und den Sachverständigenausschüssen vorgelegt worden ist, aber uns, den Besitzern des deutschen Volkes, vorenthalten wurde. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß wir genötigt sind, uns aus anderen Quellen zu informieren. Das Entschuldigende der Antwort, die uns die Regierung auf unsere Anfrage wegen der Höhe der Besatzungskosten erteilt hat, ist das, daß bis zum Ende des Jahres 1922 die inneren Besatzungskosten, die neben den Reparationskosten für bezahlt werden müßten, 911 Goldmillionen betragen haben, im Jahre 1923 allein aber, obwohl in diesem Jahre an Frankreich und Belgien zum großen Teil Besatzungskosten nicht bezahlt wurden, 418 Goldmillionen. (Hört, hört!) Die äußeren Besatzungskosten mit Einschluß der Zahlungen auf Reparationskonto betragen gar bis zum Jahre 1922 3525 Goldmillionen, im Jahresdurchschnitt 900 Millionen.

Jahr für Jahr legen uns also die Besatzungskosten beträchtlich mehr auf als eine Milliarde Goldmark, beträchtlich mehr, als die gesamten Ausgaben des kaiserlichen Deutschlands für Heer und Marine. (Hört, hört!) Die verheerenden Besatzungskosten haben uns schon mehr aufertelt als die ganze französische Kriegsschuldung von 1871 ausmachte. (Hört, hört!)

Am Renot Dezember allein kostete die Zulage an die französischen Offiziere im Ruhrgebiet mehr als die Gehälter der 3800 Offiziere unserer Reichswehr. (Bewegung.) Frankreich hat bei den Verhandlungen über den Versailler Vertrag eine Priorität verlangt, aber nicht erhalten. Jetzt vertritt es auf dem Wege der Besatzungskosten sich diese Priorität zu verschaffen. Wenn es seine Forderungen auf diese Weise auf Deutschland schiebt, so beträgt es damit seine Priorität. Es besteht also eine gewisse Solidarität zwischen uns und den Alliierten Frankreichs, die nicht verwertet werden könnte. Ich habe aber den Eindruck, als ob die Frage der Besatzungskosten von der Regierung nicht mit dem nötigen Nachdruck behandelt würde.

An demselben verhängnisvollen 13. Juli 1919, an dem Lloyd George seine Zustimmung zu dem Vertrage gab, hat er auch von Clemenceau sich ein Papier unterzeichnen lassen, wonach die Besatzungskosten nicht höher als 240 Millionen Mark im Jahre sein dürfen.

Ich habe unter dem Außenministerium Simons vergeblich darauf gedrungen, daß die Regierung die Durchführung dieses Zugeständnisses verlangen sollte.

Später ist diese Summe durch das sogenannte Abkommen der Finanzminister sogar auf 220 Millionen reduziert worden. Im Herbst 1922 habe ich die Regierung gestraft, ob dieses Abkommen uns gegenüber erfüllt worden ist, so daß wir uns darauf stützen können. Nachdem das zunächst verneint war, wurde es später bejaht. Wie ist es gekommen, daß die Regierung sich trotzdem nicht darauf gestützt hat? Ich habe den Eindruck, daß die Reichsregierung einer Entscheidung ausweicht. Wir hatten von vornherein die schwersten Bedenken gegen den Vorschlag, der bei der Erklärung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann eingeschlagen wurde. Der Außenminister erklärte zwar damals, daß er den Kurs Nosenberg weiterführen wolle, aber Kollege Breitscheid scheint das anders aufgefaßt zu haben. Der Innenminister Sollmann hat ja damals auch offen von einem entscheidenden Kurswechsel gesprochen, und ich habe nicht geglaubt, daß der damalige Reichsaussenminister ihm gegenüber so eingegriffen hat

wie jetzt der englische Außenminister Macdonald gegenüber dem englischen Innenminister Henderson. (Lunche.) Dieser Kurswechsel ist vollzogen worden am 12. August, obwohl man noch einen starken Rückhalt am passiven Widerstand hatte und England auch auf diese starke Stellung aufmerksam gemacht hatte.

Außenminister Dr. Stresemann: Sie wissen doch, daß England uns erklärte, wir hätten törichterweise den passiven Widerstand verlängert. Jetzt stellen Sie es so hin, als ob England gesagt hätte: Wenn wir den passiven Widerstand nicht aufgeben hätten, würde es uns in der Frage der Besatzungskosten unterstützt haben!

Abg. Helfferich (fortfahrend): In der englischen Note an Frankreich am 11. August hat Lord Curzon gesagt, daß er nicht daran denke, von Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstands zu verlangen. Selbst vom Standpunkt Dr. Stresemanns habe ich nie verstanden, warum man in Verfolgung der englischen Note es völlig unterlassen hat, die Dinge auf ein neues uns ausschüttsoll erscheinendes Geis zu verpacken. (Sehr richtig! rechts.) Die Reparationskommission hätte dann

### die Rechtswidrigkeit des Ruhrbruchs

vor aller Welt festgelegt. Was hat die deutsche Regierung unternommen, um die Franzosen aus dem offenkundig widerrechtlich besetzten Gebiet um Essen zu entfernen? Auch die Herren aus dem besetzten Mannheimer Industriegebiet haben mir ihre Vorstellungen in Berlin kein Verständnis gefunden; es wurde ihnen gesagt: Ein Eingehen auf diese Angelegenheit paßt nicht in die große Linie der deutschen Politik gegenüber Frankreich. (Lebhafte Hört, hört!) Man hat den Herren gesagt, sie sollten sich an General Lixard in Koblenz wenden. (Hört, hört! rechts.) So erleiht man nicht die Befreiung des besetzten Gebietes. Ich verlange, daß die Regierung des Deutschen Reichs die unerhörten Zustände in Mannheim beseitigt und daß man den Leuten nicht sagt, man könne keine Schritte unternehmen, weil sie nicht in die große Linie der Politik passen. (Große Bewegung. Lebhaftes Zwischenrufen der Linken.) Wenn wir nichts tun wollen, dann können wir hier ja nach Hause gehen und den General Lixard herbeiführen. Wir müssen die äußersten Konsequenzen ziehen. (Zuruf links: Weisheit!)

Macdonald hat sich vor den Wahlen für die Revision des Versailler Vertrags eingesetzt. Sie wissen nicht, wie der neue Reichstag aussieht wird. Ich spreche angesichts der Möglichkeit, daß Leute, die uns nahe eben, sehr bald an veramtlichter Stelle stehen können; deshalb nehme ich für uns das Privileg in Anspruch, das die Herren Sozialdemokraten für Herrn Macdonald in Anspruch nehmen. (Lunche links.) Alles hängt an der Kardinalfrage der Kriegsschuld. Wenn es uns gelingt, der Welt die Ueberzeugung beizubringen, daß nicht wir die Friedensstörer waren, dann ist die Gefahr der Neutralisierung der Rheinlande in der Hauptsache gebannt. Der amerikanische Owen hat festgelegt, daß in dem russischen Orangebuch von 60 Stellen mindestens 30 Stellen erfüllt sind, und er stellt weiter fest, daß Deutschland mit allen Mitteln den Kriegsausbruch zu verhindern gesucht hat. Bei dem Hamburger Sozialistenkongreß fand ein amerikanischer Antrag auf Aufhebung der Kriegsschuldfrage neben dem erbitterten Widerstand der Franzosen und Belgier auch den Widerstand der deutschen Sozialdemokraten in der Auffassung der Schuldfrage für die deutsche Sozialdemokratie un-erträglich wäre. (Lebhafte Hört, hört!) Die unerhörte Veranlassung unseres Botschafters von Weich, die Zurückweisung des deutschen Memorandums über die Herstellung eines neuen modus vivendi, die Verweigerung der Annahme der Falschwe, den Bruch des Versprechens, daß nach der Aufgabe des passiven Widerstands die Befreiung des Ruhrgebietes geändert werden sollte, die schamlose Verpressung der Weimarer Verträge — alles das hat man hingenommen.

So kann es nicht weitergehen! Was soll werden?

(Wärm links.)

Wem brauchen wir ausländische Kredite dringend notwendig, aber nicht um den Preis des Privilegiums der Notenausgabe in Deutschland. Eine Goldnotendank, die Ihren Namen verdient, d. h. die ihre Rollen nicht durch Gold oder Devisen deckt, werden wir nicht an den Anfang, sondern erst an das Ende unserer Arbeit stellen können. Wir haben ja unsere deutsche Reichsbank. Wie denkt man sich das Nebeneinander ihrer Rollen und derer der Goldnotendank? Entweder muß man von vornherein einen festen Kurs gegenüber den Goldnoten festsetzen, was große Bedenken hat, oder man muß die Dimes laufen lassen. Dann wird sich bald eine Disqualifizierung unserer heutigen Zahlungsmittel herausstellen. Obendrein hat man die Salomonfrage noch mit der Reparationsfrage verknüpft und sie von dem Sachverständigenausschuss beraten lassen, dessen Thema grundsätzlich nur unsere Leistungsfähigkeit bildete. Man mußte doch wissen, daß eine von den Sachverständigen vorgeschlagene Bank nicht eine deutsche, sondern eine internationale Bank werden konnte. Den Beweis dafür bildet die aufgestellte Bedingung, daß die Reichsbank und die deutsche Rentenbank von dem neuen Institut ausgenommen werden sollen. Das bedeutet Kontrolle des Auslandes über unser gesamtes Geld- und Kreditwesen. Ich fürchte, daß wir auf dem Wege, den man jetzt eingeschlagen hat, nicht Freiheit, sondern nur neue Ketten erwerben: Kontrolle der Eisenbahnen, der deutschen Post, Militärkontrolle, Kontrolle der ganzen Wirtschaft. Ich fürchte, daß das Deutsche Reich dadurch nur zu einer internationalen Reparationsproving werden wird. (Zustimmung rechts.) Das deutsche Volk wird darüber entscheiden. Und, verlassen Sie sich darauf, das deutsche Volk wird diesmal die roten Ketten von sich werfen. Deutschlands Wiedergeburt begehren, das deutsche Volk wird zeigen, daß ihm die Freiheit über alles geht, auch über Gut und Blut. (Lebhafte Beifall rechts, Handklatschen auf den Tribünen.)

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann

wendet sich zunächst den Ausführungen des Vordredners zu. Dr. Helfferich hat zum Ausdruck gebracht, die beste Gewähr gegen die Durchführung der Verfassungsveränderungen bilde die Idee der deutschen Volksgemeinschaft. Aber die Distinktionierung, welche die Politik der Reichsregierung durch die Kritik des Vordredners im Laufe erfüllt, ist nicht die rechte Basis für eine solche Volksgemeinschaft. (Sehr wahr!) Die Frage der Reparationen darf man nicht einfach ausschalten aus der ganzen Entscheidung. Es handelt sich doch schließlich darum, welchen Weg Frankreich in dieser Frage gehen wird. Wir wissen, daß in Frankreich eine starke Partei nicht Reparationen, sondern den Rhein will. Ich vermisste die Angabe, was nun an die Stelle der vom Vordredner abgelehnten Politik der Reichsregierung gesetzt werden soll. Wenn Sie uns den Weg nicht nachweisen können, um dagegen vorzugehen, dann sollten Sie Ihrer Kritik Jügel anlegen, mit der Sie lächerlich machen, was wir tun. (Sehr richtig!) Herr Helfferich sagt, die Mannheimer Herren seien nach Berlin gekommen und hätten im Auswärtigen Amt die Antwort bekommen, ihr Verlangen könne nicht in unsere Politik. Memos ist so etwas gesagt worden. (Hört, hört! links und Warm.) Herr Helfferich darf solche Ausserungen nicht tun, wenn er sie nicht beweisen kann. Die Herren aus Mannheim haben gesagt, die Zoll-Linie gehe mitten durch den Mannheimer Hafen, und sie wünschten eine Verlegung der Zolllinie. Rein Referent hat ihnen geantwortet: Wir sind für die Aufhebung der Zolllinie und deswegen paßt uns nicht die Verlegung. Das ist also etwas ganz anderes. Herr Helfferich

